

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Verleger: Kurt Norden 1893 und 1896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Verleger: Kurt Norden 1107 und 1108.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei Vorbestellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifen) 4 Mark. Bestellungen sind nur auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Zustellung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

## Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenspaltsene Millimeterzeile ober deren Raum 20 Wt. „Kleine Anzeigen“ das selbgedruckte Wort 20 Wt., jedes weitere Wort 15 Wt. Teuerungszuschlag 50 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

## Der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Freitag, den 29. November 1918

Nummer 26

# Tagung der Soldatenräte.

### Gegenrevolutionäre Treibereien.

Düsseldorf, 28. November. Die die „Düsseldorfer Zeitung“ meldet, ist es gestern an der Rheinbrücke zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen des einrückenden 10. Infanterie-Regiments 10 und Vertretern des K. und C. Rates an Soldaten gekommen, bei dem ein Mann schwer verletzt worden ist. Auf dem Rathaus der Ober erfolgte ein zweiter Zusammenstoß, als ein Militär erforderte, daß einige Mitglieder des freiwilligen Regiments die Waffen niederlegten. Bei den behauerlichen Verläufen wurde niemand getötet. Zwei Vertreter des K. und C. Rates wurden später mit dem Divisionskommandeur, welcher erwidert, daß die Zusammenstöße ohne seine Einwilligung erfolgt seien.

Vor dem Rathaus waren im Laufe des Nachmittags Karre Schießposten zusammengezogen. Während hier ein Schuß losgegangen die Posten von freiwilligen Regiment vor dem Rathaus zu feuern. Maschinengewehre wurden am und in Rathaus aufgestellt. Die Schiffe sind wohl alle in die Luft gesprengt worden, denn verlegt wurde niemand. Als das Schießen begann, sagte gerade die städtische Finanzkommission. Der Rechnungswahner der Oberbürgermeister bei, der sofort die Sitzung beendete und mit Vertretern des K. und C. Rates zum Kommandeur der Ober fuhr, mit dem Verhandlungen aufgenommen wurden. Weber den Verlauf der Verhandlungen sind Einzelheiten nicht bekannt.

Die Forderungen reaktionärer Offiziere häufen sich. Die Soldatenräte werden da mit aller Energie durchgreifen müssen.

### Vor Sol's Abgang.

#### Sausmann deutscher Gesandter in Bern?

Der Rücktritt des Staatssekretärs Sol ist amtlich noch nicht bekannt gegeben worden. Wie wir von unterirdischer Seite hören, besteht aber kein Zweifel, daß Herr Sol binnen kurzem seine Entlassung annehmen und erhalten wird.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu einer Meldung der „Baseler Nationalzeitung“, daß als Nachfolger für den demnächst von seinem Posten scheidenden deutschen Gesandten in Bern, Freiherrn von Romberg, der hiesige Staatssekretär Sausmann in Aussicht genommen sei, daß diese Meldung zutrefte, eine Entscheidung über noch nicht getroffen sei, da mehrere Personen in einer engeren Wahl ständen.

### Die neue Ordnung in Hamburg.

Hamburg, 27. November. In der heutigen Bürger-Versammlung, der ersten, die nach dem Umsturz der politischen Verhältnisse tagte, erklärte der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats, Dr. Hausenberg, der Bürgerversammlung, daß Senat und Bürgerchaft der politischen Gewalt nicht mehr teilhaftig sein und sich auf die kommunalangelegenheiten zu beschränken hätten. Er sprach die Erwartung aus, daß die Bürgerchaft sich genau so in die Lage fügen werde, wie der Senat es bereits getan habe.

Der Präsident der Bürgerchaft erklärte, daß die Bürgerchaft wegen den jetzigen ungesetlichen Zustand protestiere, sich aber der Zwangslage füge. Darauf trat die Versammlung in die Erledigung der Geschäfte ein.

### Die Schuldigen an den Branger!

Der Vollzugsausschuß des Zentral-Soldatenrats in Brüssel hat an die jetzige Regierung folgende Forderungen an den Zentral-Soldatenrats übermittelt: 1. Es ist sofort zu untersuchen, wer die Deportation der belarischen Arbeiter nach Deutschland veranlaßte. Strenge Bestrafung dieser Personen ist notwendig. 2. Es ist zu untersuchen, wer die Überweisung der belarischen Industriewerke veranlaßte. 3. Zu ordnen. Die Personen sind zu bestrafen. 4. Zu untersuchen sind ferner die mit dem Prozeß der Mich Cabell zusammenhängenden Vorfälle. Die Gerichtsakten sind ein-

zufordern. Der Vollzugsausschuß stellt als besonders Schuldigen General Sauerzweig an. 4. Es ist dem Vollzugsausschuß genau bekannt, daß Generalleutnant v. Winterfeld, der Chef des Stabes im ehemaligen General-Gouvernement Brüssel mit zwei Divisionen auf Nachen und Köln ausreichte, um die Revolution niederzukämpfen. Dieser Offizier ist sofort zur Verantwortung zu ziehen.

Es ist unmöglich, daß man noch jetzt in ruhiger Gelassenheit wartet, bis ein Druck von den Militärischen ausgeübt wird und diese als Staatsverbrecher auftreten.

Die deutsche Regierung muß sofort zeigen, daß sie ernsthaft gewillt ist, Schuldige zu bestrafen und darf nicht warten, bis sie hierzu gezwungen wird.

### Aus Erzbergers Tägligkeit.

#### Wie er für Wilhelm agitierte.

Was für Sorgen den vielbeschäftigten Staatssekretär Erzberger erfüllt, zeigt ein Flugblatt, aus dem wir hier eine kurze Probe geben wollen. Es trägt die Bezeichnung: Zentrale für Heimatsdienst. Staatssekretär Erzberger, Richtlinien Nr. 7, Tag. Nr. 1764/18 H. und ist Berlin, 5. November 1918 datiert. Wir geben eine charakteristische Stelle über „den Kaiser“ wieder:

„Es ist in der Presse richtig hervorgehoben worden, daß mit der Abdankung des gegenwärtigen Trägers der Kaiserkrone den Absichten Wilsons gar nicht entsprochen würde. Solange die Stellung des obersten Kriegsherrn mit der seines Nachfolgers verbunden und also die ganze monarchische Verfassung nicht aufgehoben ist, wäre der Stein des Anstoßes nicht beseitigt. Andererseits ist durch die Unterstellung der militärischen Macht unter die bürgerliche Regierung, wie sie jetzt durchgeführt ist, Wilsons Wunsch zur Genüge befriedigt. Nicht um die Person des Kaisers und unserer Herrscher, sondern um ihre Stellung ist es Wilson zu tun, und diese ist durch die demokratischen Reformen der letzten Wochen und Tage endgültig im Sinne einer Volkregierung abgeändert.“

„Dagegen aber ist das monarchistische Bewußtsein nicht nur in dem größten Teil des deutschen Volkes fest verankert, sondern auch für das ganze Geschick der Reichseinheit erscheint die Kaiseridee und das monarchische Prinzip unentbehrlich. Man braucht nur an die Verhältnisse im Meer zu denken. Welche Erschütterung würde gerade in dieser auf den Treueid und auf monarchistischen Boden erwachsenen Einrichtung notwendigerweise durch die Abdankung des Kaisers oder gar durch die Beseitigung der Monarchie hervorgerufen! Aber auch in den einzelnen Staaten ist der monarchische Gedanke mit der ganzen Entwicklung und allen nachsichtigen Erinnerungen verflochten, so daß schwerlich eine Weicheit des Volkes innerlich einer solchen Neuordnung zustimmen würde. Die bürgerlich-demokratische Verfassung, wie sie bereits in Kraft getreten ist, genügt ja sehr weitgehenden Ansprüchen des Bürgertums und der Arbeiterchaft. Ohne ganz durchschlagenden Grund — und ein solcher liegt nicht vor, namentlich nicht, was die Erlangung des Friedens anbetrifft — müßte eine Lösung der Kaiserfrage im Sinne der Republik eine tiefe Erschütterung und den Zerfall des Reiches, namentlich angesichts der drohenden Gefahr des Bolschewismus, zur Folge haben.“

Wir wollen die Vikanterie dieses Schreibens nicht durch Zusätze vermindern. Nur die Frage dürfen wir erneuern: Paßt Herr Erzberger wirklich in das neue Regime?

### Von der Internationale.

Der „Progrès de Lyon“ meldet aus Le Havre: Guy S. man hat bei seiner Ankunft in England das Sekretariat der französischen Sozialisten-Partei benachrichtigt, er würde dringende Einladungen für die Zusammenkunft des internationalen Sozialisten-Bureaus abgeben. Ferner hat er Longuet, Mistral und Renaudel, die zu Delegierten bei der internationalen Zentralorganisation bestimmt sind, zu einer Konferenz in Brüssel aufgefordert.

### Unklare Stimmungen.

Der Plenarsitzungssaal des Reichstages ist bis auf den letzten Platz besetzt. An den Wänden und in den Gängen stehen sich die später Bekommenen, die keinen Platz gefunden haben. Alle Tribünen sind überfüllt. Fast ausschließlich Militär. Die einzigen Zivilisten im Saale sind die Arbeitermitglieder des Vollzugsausschusses, der die Sätze der Regierung einnimmt. Schon bei Beginn der Sitzung ist die Luft mit Elektrizität geladen. Bei den häufigen Geschäftsordnungsdebatten kommt die Spannung immer stärker zur Entladung. Die Masse fügt sich nur langsam und ungern den parlamentarischen Formen. Es gärt und brodelt in ihr, sie hat noch keinen einheitlichen Willen und wird hin und her getrieben von Einflüssen und Bestrebungen die in ihren Zielen nicht ganz klar zu erkennen sind. Stark tritt der Wunsch hervor, daß die Interessen der Soldaten besser als bisher gewahrt werden. Es ist das gewerkschaftliche Interesse ins Soldatische übertragen.

Die politische Zielklarheit kommt dabei zu kurz. Zwischenrufe lassen erkennen, daß auch in der Masse der Soldatenräte klare politische Einsicht vorhanden ist. Klatschende Geste laufen auf verschwommene Einigkeit, auf die halben und Viertelrevolutionäre herab. Aber noch ringt diese Einsicht nach Formulierung. Sie beherrscht noch nicht die Masse, die, von der Revolution emporgewoben und in das Zentrum des politischen Lebens hineingekleidert, sich in dem Berliner Chaos noch nicht zurechtfindet. Es ist ein Chaos, weil die starke formende Hand fehlt, die den gährenden revolutionären Stoff zu meistern vermag. Dieser Stoff rebelliert gegen sein oberstes Organ den Vollzugsrat, der zu fern von ihm fast als ein Fremdkörper betrachtet wird, den es zu beseitigen gilt. Erbitterung erldt aus mancher Rede. Unzufriedenheit schwelt an allen Ecken des Saales. Demagogen schleudern ihre feingeschliffenen Pfeile in die Versammlung. Sie stoßeln die Massen gegen den Vollzugsrat auf. Sie suchen einen Keil hineinzutreiben zwischen Soldaten und Arbeiter. Sie lenken die Hörer von den großen gemeinsamen Aufgaben der Revolution ab und scheinen die Absicht zu haben, im Trüben zu fischen.

Dieser Wirrwarr einander durchkreuzender Bestrebungen ruft Proteste der anwesenden Delegierten von der Ostfront und aus Süddeutschland hervor. Auch sie finden sich in dem Chaos nicht zurecht und verlassen enttäuscht den Sitzungssaal. In ihren Reden ist mehr Klarheit und Festigkeit als in denen der Berliner Redner — vielleicht, weil ihre Aufgabe daheim einfacher, die Lage schneller zu erfassen war.

Der Kampf der Geister wird abgelöst durch eine dramatische Szene — das Bekanntnis des Oberleutnants Walz, der aus dem Vollzugsausschuß ausgeschieden ist. Unter Spannungsvollem Schweigen des Saales belichtet er seine Tat: die Aussage gegen führende Parteigenossen vor dem Untersuchungsrichter einige Tage vor der Revolution. Ein menschliches Dokument. Aber der Schluß verdirbt das Konzept — Walz will nicht einfach im Bewußtsein seiner Schuld im Hintergrund verschwinden. Er beklagt auf die politische Unklarheit, auf die Gutmütigkeit der Masse. Er schlägt sich zu den Gegnern des Vollzugsrates und will im Kampf gegen ihn noch hervortreten.

Die Sitzung geht weiter. Der Kleinkrieg politischer Intriganten zieht die Masse von den großen einheitlichen Zielen ab, verhäßt vor ihr den tragischen Ernst der Stunde.

So der äußerliche Eindruck. Aber trotzdem: auch diese Masse ist erweckt und im Banne der Revolution. Es gilt weiter zu arbeiten, um ihren Willen fest zu gestalten und in Taten umzusetzen. Denn sie wollen die Revolution, wenn sie auch nur tastend den richtigen Weg suchen.

# Die Judenpogrome in Lemberg.

Immer neue Nachrichten treffen ein, die davon Kunde geben, daß es tatsächlich in Polen und vor allem in Lemberg zu furchtbaren Ausschreitungen gegen die Juden gekommen ist. Ein Augenzeuge gibt in einem Berliner Blatte eine Schilderung über die Vorgänge, die ein graufiges Bild entrollt. Selbst wenn einige Uebertreibungen unterlaufen sollten, so bleibt genug des Schrecklichen übrig.

Kaum waren die polnischen Legionäre nach der Vertreibung der Ukrainer in der Stadt, so heißt es in diesem Bericht, da begann auch schon die Plünderung von jüdischen Geschäften, von Postämtern auf offener Straße. Ungeheuer trugen die bewaffneten Plünderer die erbeuteten Gegenstände am hellen Tage in ihre Wohnungen oder verkauften sie gleich am Ort und Stelle. Einige Stunden später begann man auch schon mit dem Morden. Postämtern im Judenviertel wurden einfach niedergeschossen oder niedergestochen. Patrouillen von Legionären drangen in die Wohnungen ein, ermordeten ganze Familien und raubten dann die Wohnungen aus. Das politische Kommando tat, als hörte und sähe es davon nichts, abgesehen Juden-Deputationen um Schutz bitten. Am schlimmsten wurde es am 23. November. Da fand ein Morden von einer unbeschriebenen Bestialität statt. Schon in den Morgenstunden begann eine regelrechte Treibjagd im ausgedehnten Judenviertel, das eine Bevölkerung von ungefähr 50 000 Seelen hat. Die einzelnen Straßen wurden durch einen Kordon bewaffneter Legionäre abgesperrt, die Häuser mit Brandbomben oder mit Hilfe von Petroleum angezündet. Versuchten die Hausbewohner zu flüchten, um dem Plammentode zu entgehen, so wurden sie entweder niedergeschossen oder mit Gewalst wieder in die Häuser zurückgetrieben. Einige hundert Juden hatten sich in die Bekleidungs-Geschäfte in der Hoffnung, daß der Respekt vor der gewichtigen Stätte die Mordhände zurückhalten würde. Legionäre speerten sie aber in die Verkaufshäuser ein, zündeten sie an und ließen die Unglücklichen verbrennen. Um die Mittagstunde stand das ganze Judenviertel in Flammen; auf den Straßen lagen die Trümmer der niedergebrannten Häuser, lagen die verkohlten Leichen der Verbrannten. Die Leichen wurden dann gesammelt und in großen Sälen untergebracht. Nach polnischer Schätzung dürften bei dem Autodafé einhundert Menschen ums Leben gekommen sein.

In einem anderen Blatte gibt ein Augenzeuge eine ähnliche Darstellung: „Die Plünderer drangen systematisch in jedes Haus ein und raubten es von oben bis unten aus. Der Hausrat wurde aus den Fenstern auf die Straße geworfen; die Einwohner flüchteten blutüberströmt, viel mit aufgeschlagenen Köpfen, auf die Straße, manche blieben dort in ihren Blutlachen liegen. Am schlimmsten erging es denjenigen, die in ihrer Verzweiflung in die alte Synagoge geflüchtet waren; unter entsetzlichen Qualen erlitten sie den Plammentod in der Synagoge. Uralte Thorarollen wurden auf die Straßen geschleift, in den Schmutz geworfen und von den Händen mit den Füßen getreten. Die Samtumbhänge der Thorarollen banden sich die Räuber um und hinführten wahre Freudenzüge. Dann aber wurde das Ghetto regelrecht umstellt. Aus allen umliegenden Häusern wurden die Juden herausgetrieben, denn von polnischen Truppen umstellten Blah Theodora zu; dort empfing sie von vier Seiten Maschinengewehrfeuer, das die Unglücklichen einfach niederwühlte.“

Die Gesandtschaft der polnischen Republik in Berlin gibt dazu eine Erklärung ab, die recht lahm erscheint: Sie gibt bekannt, daß sie sich eine Mitteilung über die jüdischen Ausschreitungen bis zum Eintreffen amtlicher Nachrichten über die eingeleitete scharfe Untersuchung vorbehalte.

Im übrigen liegen noch folgende Meldungen vor:  
Wien, 28. November. Das Präsidium des Zentralkomitees für die Interessen der jüdischen Bevölkerung im Kriegsgebiet hat wegen der Pogrome gegen die Juden in Galizien und die Kongressen bei dem polnischen Gesandten Dr. Dabicki und bei den hiesigen Vertretern der Krakauer Liquidationskommission in der Person der israelitische Allianz habe eine Delegation für die Opfer der Pogrome eingeleitet.  
Wien, 27. November. Nach einer Meldung des Kurier Answortl empfangt der Kommandant der polnischen Truppen in Lemberg eine Abordnung der jüdischen Kultusgemeinde und des jüdischen Bürgerklubs, welche ihm die durch uniformierte Banden verursachte Vernichtung in den Straßen und Privathäusern und die Plünderungen schilderte, welche sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend sowie am Sonnabend vormittag ereigneten. Der Brigadier brühte sein Bedauern über die Vorgänge aus und erließ einen Armeebefehl, worin er strenge Maßregeln zum Schutze der jüdischen Bevölkerung anordnete.

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erzählt, hat sich gestern eine aus mehreren Entente-Offizieren bestehende Kommission aus Budapest nach Lemberg begeben, um an Ort und Stelle Erhebungen über die Judenpogrome anzustellen und den Regierungen der Ententemächte ausführlichen Bericht zu erstatten.

## Ebert und die Ernährung.

Berlin, 28. November. (B. L. B.) Die „Note Fagne“ entnimmt dem „Temps“ die Behauptung, der V. B. Ebert habe den Präsidenten Wilson gebeten, Deutschland mit Nahrungsmitteln zu versorgen, aber „nur unter der Bedingung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten und eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel garantiert werde“.

Diese Behauptung ist vollkommen un wahr. Die Telegramme, die der V. B. Ebert an den Präsidenten Wilson gerichtet hat, sind stets in vollem Umfange veröffentlicht worden. Weder in ihnen, noch in irgend einer sonstigen Kundgebung ist eine solche „Anregung“ enthalten. Sie findet sich einzig und allein in der Depesche Lansing an die deutsche Regierung vom 13. November.

Wie unerhört die Verleumdung ist, die Reichsregierung habe aus der schrecklichen Ernährungslage ihres Volkes politisches Kapital schlagen wollen, mag aber nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten und Erfolge bewiesen werden, welche die Reichsregierung im Kampf um eine bessere Versorgung unseres Volkes erzielt hat.

In dem von den Gegnern ausgearbeiteten Entwurf des Waffenstillstandsvertrages war die Lebensmittelversorgung Deutschlands nicht nur nicht berücksichtigt, sondern es waren Bedingungen vorgesehen, welche die Ernährungsnotlage unauflöslich gemacht hätten. So verlangte der Artikel 9 das unbedingte Recht der Requisition für die Entente in allen besetzten Gebieten. Die Bevollmächtigten der Regierung erreichten eine wesentliche Beschränkung der Requisition und sofortige ordnungsmäßige Abrechnung.

Artikel 14 verbot Requisitionen, Beschlagnahmungen und Belästigungen von Lebensmitteln für Deutschland in Rumänien und Rußland.

Wir schlen den freien Einkauf zur Ausfuhr nach Deutschland durch Artikel 26 behielt die Fortsetzung der Handelsbeziehungen für England vor, bestimmte also die Aufrechterhaltung der Blockade. Nach langen Verhandlungen genehmigten die Gegner die Duzung des Salzes: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten nehmen in Aussicht während der Dauer des Waffenstillstandes Deutschland in dem als notwendig ergraten

Waffe mit Lebensmitteln zu versorgen.“ Wie diese Erleichterungen noch zugelassen wurden, kam die Nachricht von der Abdankung des Kaisers und dem Wechsel der deutschen Regierung. Die Alliierten erhoben sofort die Frage, ob die Regierung, die den Waffenstillstand unterzeichnete, überhaupt in der Lage sein würde, seine Bedingungen zu erfüllen. Diesen Bedenken gegenüber war es nur die Versicherung unserer Unterhändler, daß auch eine Regierung Ebert, wenn sie den Waffenstillstand unterzeichnete, die Macht hätte, seine Bedingungen durchzuführen, die verhinderte, daß sich die Verhandlungen gerichteten.

So steht die Stellungnahme der Reichsregierung und damit des V. B. Ebert zur Lebensmittelversorgung Deutschlands in Wahrheit aus. Sie hat um Brot und Fleisch die Ergebnisse der Revolution nicht verraten, wie die „Note Fagne“ behauptet, sondern wird durch ihre Bemühungen, wenn Volk und Organisationen zusammenfinden, die Schrecken einer Hungerrevolution zu hintanhaltend, durch die allein die revolutionären Errungenschaften gefährdet werden können. Das beweist auch wieder der „Beitl Parisien“, der unter dem 17. November schreibt: „Die Antwort Wilsons auf die Solf'schen Jeremiaden ist kategorisch: Wir werden euch erst dann mit Lebensmitteln versehen, wenn ihr die Ordnung bei euch aufrecht erhaltet.“

## Um die Nationalversammlung.

Wie es heißt, wird sich in aller Kürze die Regierung über Termin und Wahlmodus für die Nationalversammlung schäftig werden. Einem Vertreter der „Voss. Ztg.“ gegenüber sprach sich der Staatssekretär des Reichsanwesens des Innern, Prof. Dr. Venzl, über die Aussichten seines Entwurfs, der dem Rat der Volksbeauftragten unterbreitet wurde, wie folgt aus: Die technischen Schwierigkeiten, die man vielfach befürchtete, könnten als überwunden gelten. Der Entwurf des Reichsanwesens des Innern werde voraussichtlich mit ganz unwesentlichen Änderungen Annahme finden. Auch die Wahlordnung, die ja allerdings von weniger ausschlaggebender Bedeutung sei, sei bereits im Entwurf fertiggestellt. Unmittelbar nach der Annahme des Reichswahlgesetzes durch die Regierung werde der Wahlkreismin onberaumt werden. Bedenken könnten noch die Tatsache veranlassen, daß unsere Heere im Osten und ebenso auch die Armeekorps in Rußland noch nicht zurückgekehrt sei und der Zeitpunkt ihrer Heimkehr nicht ungewiß sei. Aber auch der Wunsch, diese Hunderttausende von der Wahl zur Nationalversammlung nicht ausschließen zu können durch besondere Maßnahmen berücksichtigt werden. Die neue Reichsverfassung, die als eine der ersten Vorlagen der Nationalversammlung unterbreitet werden müßte, werde ohne Zweifel bis zu ihrem Zusammentritt rechtzeitig fertiggestellt werden.

Inzwischen liegt wieder eine Reihe von Kundgebungen vor, die eine baldige Einberufung der Nationalversammlung fordern. Meist stammen sie von Soldaten-Räten, manchmal auch von Arbeiter- und Soldaten-Räten oder von Parteien, wirtschaftlichen Vereinigungen usw.

Beachtenswert erscheinen Äußerungen unseres österreichischen Parteiblattes, der „Wiener Arbeiterzeitung“, mit der Überschrift „Deutsch oder russisch?“, aus denen wir folgende Stellen hervorheben möchten:

„Die Demokratie ist die Voraussetzung des Sozialismus. Das war bis vor einem Jahr gemeinsame Ueberzeugung aller Sozialdemokraten der Welt, die Ueberzeugung, die den Volksschismus von Anarchismus scheidet. Im Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist die Sozialdemokratie entstanden. Der demokratische Selbstregierung des ganzen Volkes, für die es steht seit Jahrzehnten gekämpft hat, stellt sich jetzt die Diktatur des Proletariats entgegen. Nicht Vertretungsorgane, die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht heraus gewählt werden, sollen das Land regieren, sondern Arbeiter- und Soldatenräte. Dieser Gedanke ist zuerst in Rußland aufgefaßt und wurde dort schon heftig bekämpft. Die Macht des A. und S. Rates ist herbeigekommen aus der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands. In Deutschland ist das Proletariat nicht wie in Rußland eine kleine Minderheit, sondern die große Mehrheit der Bevölkerung. Die deutschen Arbeiter brauchen nur einig zu sein, um die Mehrheit in der Nationalversammlung zu erwirken. Der Versuch einer Sozialdiktatur hätte in Deutschland wohl zunächst dieselben Wirkungen, wie in Rußland. Er würde einen offenen Bürgerkrieg herbeiführen und dadurch das ganze Wirtschaftsleben zerrütten, sowie die Gefahr von Einmischung der Entente in die inneren deutschen Verhältnisse vergrößern.“

Der Artikel klingt aus in eine Mahnung zur Einigkeit innerhalb der Arbeiterschaft, dann brauche sie vor einer Entscheidung nicht dange zu sein. Dann werde auch Oesterreich ein Teil der sozialen Republik von morgen sein.

## Die Unterernährung.

Eine auf Einladung des Ministers Sirich im Ministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Kirchner zur Beratung der während der Demobilisierung und nach Friedensschluß erforderlichen gesunden heitlichen Maßnahmen n zusammengetretenen Versammlung von anerkannten ärztlichen, hygienischen und sonstigen Sachverständigen auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege stellte fest, daß infolge des Nahrungsmangels Leib und Leben von Männern, Frauen und Kindern auf tiefste gelitten hat. Ramentlich in den letzten Monaten haben sich die Gesundheitsverhältnisse von Tag zu Tag verschlechtert, und es steht bei der Unzulänglichkeit der diesjährigen Ernte an Brotgetreide, Kartoffeln und Viehfutter mit Bestimmtheit zu erwarten, daß unabsehbarer, nicht wiedergutmachender Schaden, ja geradezu eine Hungersnot eintritt, wenn nicht in aller kürzester Frist die ausgiebigste Nahrungsmittel- und Futtermittelzufuhr aus dem Auslande einsetzt.

## Abflauen der Streiks in Oberschlesien.

Im ober-schlesischen Kohlenrevier ist nach Meldungen der „B. Z.“ eine erhebliche Besserung der Lage eingetreten. Nachdem es gelungen war, die Arbeiter zu überzeugen, daß die von polnischen Agitatoren geführte Propaganda für den Streik ein Mißverständnis zwischen Arbeitern und Arbeitgeber für ihre Zwecke ausnütze, hat der überwiegende Teil der Grubenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, so daß von einer halben Million Arbeiter nur noch wenig über 1000 ausständig sind.

Auch mit den Metallarbeitern soll eine Einigung zustande gekommen sein. Die Vertrauensmänner der beteiligten Arbeitnehmerverbände haben sich über ihre Forderungen mit den Arbeitgebern geeinigt und fordern nunmehr alle ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Nach Ansicht der Arbeiter in Oberschlesien haben, wie es weiter heißt, die Ergebnisse der nach Warschau gefahrenen Polenführer nicht unerheblich dazu beigetragen, den Streik beizulegen. Deutsch-polnischen Abgeordneten soll in Warschau erklärt worden sein, daß

sie sich der dort getriebenen Politik zu fügen hätten. Diese Rechtmäßigkeit dürfte in ihrer jetzigen Neigung zur Verständigung zum Ausdruck gekommen sein.

## Der „Vorwärts“ gegen Eisner.

Der Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten gegen die kompromittierten Kriegspolitiker hat die Solidaritätsgefühle aller Betroffenen geweckt. Der „Vorwärts“ ist sehr unwillig:

„Eisner hat damit einen Schritt getan, der der Reichsleitung ihre schwierige Lage gerade nicht erleichtert. Dr. Solf hat in bester Absicht in den Dienst der republikanischen Regierung gestellt, aber natürlich kann er nicht aus seiner Haut heraus und die Dinge mit seinen Augen an. Warum von München aus Vögen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht.“

Danach solle man geradezu meinen, der Staat sei wie vor einzelner Menschen wegen da. Gerade wie Solf nicht aus seiner Haut heraus kann, darum soll er einmal aus seinem Amt herausgehen. Daß der Reichsleitung ihre Lage erschwert werde, ist ein Unding. Geteilte bedarf in all den Störungen und Spaltungen Kräfte, die sie, willig oder widerwillig, vorwärts bringe. Solche Kräfte gibt es in Berlin selbst, es gibt sie aber anderswo — und nur die Reaktion könnte es bedauern, daß es sie gibt.

Da der „Vorwärts“ jedoch nichts Ernstliches gegen Forderungen Eisners einwenden kann, sucht er ihn zu kompromittieren. Der Vorwärtsredakteur Ruttinger der damals an der „Ehemaliger Volksstimme“ tätig war, behauptet, Eisner hätte auf Grund von Informationen des bayerischen Kriegsministers die Redaktion bereits in letzten Juli/Juli 1914 über den bevorstehenden Ausbruch des Krieges unterrichtet, den das Reichsamt in München unweidlich gemacht habe. Er sei damals auch für die Kriegsbewilligung eingetreten. Darüber wird sich wohl Eisner noch selbst äußern; es ist ja möglich, daß er von dem Minister getäuscht wurde. Jedenfalls hat Eisner sehr bald Täuschung durchschaut und im Unterchied von manchen andern darnach gehandelt. Der „Vorwärts“ aber möge des alten Sarges erinnern: Irren ist menschlich, schimpflich ist es, im Irrtum zu verharren.

## Der Tatbestand.

Der „Vorwärts“, den die Forderung, daß nur unkompromittierte Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt vorhanden sein dürfen, sichtlich in höchste Raune verriet, löst diese an dem Rufus der Unabhängigen aus. Wir ihm zu wenig entschieden für die Nationalversammlung. Der „Vorwärts“ verschiebt noch immer den Tatbestand. Gen. Solf hat wiederholt erklärt, daß auch er den Zusammentritt der Nationalversammlung für unumgänglich halte. Nicht darum aber handelt es sich, sondern darum, daß fest, wo die Wahlen noch gar nicht möglich, so als politische Politik gemacht wird und man sich nicht beeilen, auf den Vorberer der Revolution auszurufen, trotz aller Warnungen und Mahnungen des „Vorwärts“ hatgefunden hat.

Diese Politik soll gemacht werden ohne zarte Rücksicht auf die Wahlmeinung der bürgerlichen Parteien, was auch die Schen gehört, die Vertreter und Helfer des Systems in den Regierungskämtern und insbesondere Auswärtigen Amt zu entfernen. Wir wollen aber entschieden die sozialistische Politik sowohl auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet und nicht nur Vorbereitung der Wahlen. Der „Vorwärts“ aber meint immer an einer demokratischen Sammelpolitik und läßt von Gesichtspunkten einer engen Fraktionspolitik leben, während uns die Interessen des Sozialismus allein in Richtlinien unseres Handelns vorgeichnen.

## Noch ein Protest an Wilson.

Nachdem bereits das Auswärtige Amt wieder und wieder um Wahrung der Waffenstillstandsbedingungen an die Entente gerichtet hat, hat sich auch der Vorstand der neuen Deutschen Demokratischen Partei ein Telegramm an den Präsidenten Wilson geschickt, das gegen die Schärfe der Deutschland auferlegten Bedingungen Stellung nimmt. Das Telegramm betont zunächst, daß zu der Deutschen Demokratischen Partei diejenigen gehören, die während des Krieges immer, soweit es bei der drückenden Notlage möglich gewesen wäre, die Gewaltpolitik bekämpft hätten, während die Agitatoren des Nationalismus ihr fernstünden (wenn nicht nur mit sehr erheblichen Einschränkungen zutrifft), es ist dann für die Wahrheit all dessen ein, was über die Not Deutschlands gesagt worden sei, spricht von der Gefahr, daß aus der Notlage die Anarchie der Straße hervorgehen und wiederum zur militärischen Reaktion führen könne, protestiert schließlich dagegen, daß die Vertreter einer chauvinistischen Machtpolitik, eines verblendeten nationalpolitischen Geistes in den Ententestaaten über die Zukunft des deutschen Volkes und über die Zukunft der Welt entscheiden sollten.

## Deutsch-Oesterreich und Deutschland.

Der Gesandte der neuen deutschösterreichischen Republik in Berlin, Herr Dr. Ludo Hartmann, hat einem Zeitungsbelegter über die Zukunft Deutschösterreichs gesagt:

Die brennendste Frage wäre im Augenblick die Frage des Anschlusses der deutschösterreichischen Republik an das Deutsche Reich. Die dynastischen Interessen der Kaiserin und Hohenzollern waren bisher nicht unter einem Dach zu vereinen. Nachdem die imperialistischen Interessen der beiden Dynastien verschwunden sind, besteht eigentlich kein Hindernis mehr, um alle deutschsprachigen und deutschmeinsam fühlenden Völker in Deutschland und Oesterreich auf dem Basis des Selbstbestimmungsrechtes zu vereinen. Das Selbstbestimmungsrecht wird zweifellos das Grundrecht der Zukunft sein. Das deutschösterreichische Volk könnte es nicht verweigern, wenn gerade mit ihm in dieser Beziehung eine Ausnahme gemacht werden sollte.

Die Entente hätte allen Grund, den Zusammenschluß der deutschsprachigen Gebiete Oesterreichs mit der deutschen Republik zu fördern, denn einerseits wird dadurch die Ruhe Europas in hohem Maße gesichert, da ohne diesen Anschluß durch deutsche Irredentismus diese Ruhe beständig gefährdet würde und andererseits deshalb, weil durch diesen Zusammenschluß eine wirtschaftlich demokratische Lösung geschaffen wird. Es wäre ein Trugschluß, wenn man annehmen wollte, daß Deutschland, weil es nach diesem Zusammenschluß einige Millionen deutscher Einwohner mehr hätte, leicht wieder imperialistischen Träumen nachgeben könnte.

Wenn gerade durch die nationale Bittigung und Erreichung der natürlichen Völkergrenzen wird diesem Bemühen ein Riegel vorgeschoben.

### Lloyd George für Verständigung und Völkerbund.

Angesichts einer gewissen Stimmungsmache, die es so darstellen möchte, als ob in den Ländern der Entente eine hauptsächlich, nachdrückliche Stimmung gegen Deutschland völlig die Oberhand hätte, ist es von Interesse, von einer Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George zu hören, die er am 12. November in einer liberalen Versammlung hielt. Die „Daily Rundschau“ gibt daraus einen Auszug, dem wir folgende Darlegungen entnehmen:

Es ist nach meiner Ansicht Aufgabe des Liberalismus, seinen Einfluss nach der Richtung auszuüben, daß hinfort der Friede die Welt regiere. Wie sollen also die Friedensbedingungen sein? Sie müssen zu einer Einigung führen, die von Grund aus gerecht ist. Keine Einigung, die gegen das Prinzip der Gerechtigkeit gerichtet ist, wird eine dauernde sein. Der Friede von 1870/71, der von Deutschland Frankreich auferlegt wurde, warf alle Prinzipien von Gerechtigkeit, von Treu und Glauben über den Haufen. Wir wollen uns dieses Beispiel als Warnung dienen lassen. Wir dürfen nicht erlauben, daß irgendein Gefühl der Rache bei den Friedensbedingungen die Grundprinzipien von Gerechtigkeit umstößt. Einflußreiche Versuche werden gemacht werden, um die Regierungen durch Drohungen einzuschüchtern, um von den Forderungen des Rechts abzugehen und niedrigen, schmutzigen Dornen, diktiert von Habguth und Rache, zu folgen. Wir müssen uns dagegen mit aller Entschiedenheit wehren.

Die Aufgabe der Regierung bei den nächsten Wahlen muß daher sein, daß die britische Delegation bei der Friedenskonferenz unter allen Umständen für einen gerechten Frieden eintritt.

Im weiteren Verlauf dieser Rede sprach Lloyd George auf die Frage des Völkerbundes zu sprechen und erklärte:

Der Völkerbund wird in Zukunft mehr denn je notwendig sein. Die früheren Zustände auf dem Balkan glichen ungefähr zwei Drittel von Europa in Mitleidenschaft. Eine große Anzahl kleiner Nationen ist in Europa entstanden. Diese müssen geschützt werden gegen die Habguth und den Ehrgeiz ihrer Nachbarn. Der Völkerbund sichert Frieden und Einschränkung der Rüstungen. Die Einschränkung der Rüstungen aber ist eine Garantie, daß wir die allgemeine Dienstpflicht loswerden. Selbstverständlich müssen wir in unserem Lande eine tüchtige Armee haben als Sicherheit für das Reich, aber ich sehe bei Schaffung des Völkerbundes eine Weltlage kommen, die in keinem Lande die allgemeine Dienstpflicht mehr notwendig macht.

Dazu kommt eine Meldung der „Cyprus-Korrespondenz“, die besagt:

Die Anhänger des Verständigungsfriedens in England begannen nach ihrem ursprünglichen Schweigen allmählich aus ihrer Reserve hinauszutreten und in Presse und Oeffentlichkeit mehrten sich die Stimmen, die nachdrücklich gegen eine Verewaltung Deutschlands auftraten. Auch Henderson ist wieder auf dem Plan erschienen und hat sich in einer Rede ausdrücklich zu einem Frieden nach den Grundgedanken Wilsons bekannt, dessen Erhaltung durch einen Völkerbund gesichert werden müßte. Weiterhin erhob Henderson die Forderung nach einer direkten Vertretung der englischen Arbeiter auf dem Friedenskongress.

### Ein Umchwung in Paris?

Nach einer Genfer Drabingung des „Berl. Lokal-Anzeigers“ ist bei der Beurteilung der deutschen Regierung in den Clementeau naheliegenden Zeitungen ein auffälliger Umchwung zu verzeichnen. Alle Zweifel an deren Bestandsfähigkeit sind geschwunden. „Domine Libre“, „Matin“ und andere Blätter führen aus, es biete ein gefährliches Experiment machen, wenn man den Umkwung der gegenwärtigen Ordnung begünstigen wolle. In dem Artikel wird angedeutet, daß die Umbahnung von diplomatischen Beziehungen der Entente-Länder zu den unmittelbaren Nachbarn des deutschen Kaiserreiches das richtige Ziel wäre.

### Ludendorff gegen den Frieden.

Wien, 28. November. Der Berner Korrespondent des „Neuen Wiener Journals“ erhält von einer Person, welche dem Ministerium des Auswärtigen in Wien nahe stand, folgende authentische Mitteilungen: Graf Czernin hat kurze Zeit nach seinem Amtsantritt 1917 als Minister des Reichs im Auftrage Kaiser Karls in Berlin Kaiser Wilhelm erklärt, Oesterreich-Ungarn stehe am Ende seiner militärischen und wirtschaftlichen Kräfte und könne den Krieg kaum über den Winter hinaus fortsetzen. Graf Czernin lege infolgedessen Wilhelm II. aufs Dringlichste nahe, Frieden zu schließen, wenn es sein müßte mit großen Opfern. Oesterreich-Ungarn erklärte sich seinerseits zu weitestgehendem Entgegenkommen bereit. Wilhelm II. wies damals ohne persönliche Stellung zu nehmen. Graf Czernin an das Hauptquartier, wo eine Beratung mit Hindenburg und Ludendorff stattfand, bei der allerdings Hindenburg ziemlich passiv blieb, während Ludendorff das Wort führte. Graf Czernin legte in sehr bewogenen Worten die traurige Lage der Monarchie dar und schloß: „Oesterreich-Ungarn steht vor dem Ende und kann einfach nicht mehr lange.“

Ludendorff aber erklärte: „Ich bin der Ansicht, daß lediglich das unglückselige Verwaltungssystem an der pessimistischen Auffassung schuld ist, die gewaltigen Kräfte der österreichisch-ungarischen Monarchie seien bereits aufgebraucht. Ich bin.“ schloß Ludendorff, bereit, den Beweis dafür zu liefern, indem ich der Verwaltung Oesterreich-Ungarns während der Kriegszeit deutsche Kommandanten anvertraue. Sie werden sehen, daß die Sache gehen wird.“

Graf Czernin, über diese Antwort aufs Höchste betroffen, ersuchte Kaiser Karl Bericht, der natürlich einen solchen Eingriff in die innere Verwaltung Oesterreich-Ungarns entschieden ablehnte. Kurze Zeit darauf begab sich Czernin neuerdings ins

Deutsche Hauptquartier und ließ nunmehr zum erstenmal die Möglichkeit durchblicken, daß Oesterreich-Ungarn gezwungen sein könnte, bei längerer Fortsetzung des Krieges einen Sonderfrieden zu schließen. Auf diese Erklärung hin erhob sich Ludendorff und sagte mit größtem Ernst: „Sagen Sie Kaiser Karl, daß an dem Tage, an welchem Oesterreich-Ungarn einen Sonderfrieden schließt, er eine Kriegserklärung Deutschlands zu Tod und Leben mit dem Deutschland verbunden. Wir können nur mit Beginn von Feindseligkeiten beantworten.“

Graf Czernin brach hierauf das Gespräch ab und kehrte nach Wien zurück und erklärte Kaiser Karl: „Unser Schicksal ist auf Tod und Leben mit dem Deutschland verbunden. Wir können nicht anders, als an seiner Seite ausbarren.“

### Von den Waffenstillstandsverhandlungen.

W. L. B. vorbereitet folgende Mitteilung:

In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa haben die englischen Vertreter namens der Britischen Regierung ernste Beschwerte darüber erhoben, daß die britischen Gefangenen an der Westfront nicht ordnungsmäßig übergeben würden, sondern halb verhungert, krank und ohne genügende Kleidung in den Linien der Alliierten anlangen. Die Erklärung der deutschen Delegierten, daß die ordnungsmäßige Uebergabe wegen der durch die Waffenstillstandsbedingungen aufgeworfenen überhöhten Mäuerung nicht möglich sei, daß ferner viele Gefangene erkaufen oder von revolutionären Elementen befreit wurden, ist von den englischen Vertretern nicht anerkannt worden. Sie haben vielmehr erklärt, daß sie die deutschen Behörden ohne Rücksicht auf die inneren Verhältnisse voll verantwortlich machen, und daß die Britische Regierung mit Rücksicht auf die Erregung der öffentlichen Meinung in England, wenn nicht Abhilfe geschaffen werde, die Feindseligkeiten wieder eröffnen würde.

Demgegenüber ist darauf hingewiesen, daß von deutscher Seite alles geschieht, um eine ordnungsmäßige Heimführung der englischen und der übrigen Kriegsgefangenen herbeizuführen und daß durch die daraufhin getroffenen Maßnahmen die Durchführung eines geregelten Abtransportes dieser Gefangenen sichergestellt und bereits in erheblichem Umfang bewerkstelligt worden ist.

Ueber das Schicksal der deutschen Oskafrikakämpfer wird gemeldet:

Auf die Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission über die weitere Behandlung der deutschen Truppen in Ostafrika hat das englische Kriegsministerium geantwortet, daß die deutschen Truppen in Stärke von 185 Europäern, 1105 Arabern und etwa 2000 sonstigen Arabern die Waffen abstrickt hätten. Veranlassung hierzu sei die Mitteilung des feindlichen Oberbefehlshabers an den General von Lettow-Ordoz über den Abschluß des Waffenstillstands in Europa gewesen. Die Truppen würden in Abercorn, am Südenbe des Tanganika-Sees gesammelt. Den weiteren Abtransport veranlasse sodann die englische Regierung. Ob der Seetransport auf deutschen Schiffen erfolgen werde, sei noch nicht entschieden.

### Eine unerwartete Redfertigung Czernins.

Wien, 28. November. Der ehemalige Minister des Reichs Graf Ottomar Czernin veröffentlicht folgende Erklärung: Herr Dr. Jaffe hat unter Äußerung eines Briefes von mir die Behauptung aufrecht erhalten, daß ein Friedensangebot Amerikas durch einen Vertrauensmann Wilsons erfolgt und von mir abgelehnt worden sei. Es handelt sich um einen der zahlreichen Fälle, in welchen eine Einzelperson den Versuch unternimmt, die Friedensfrage zu fördern, ohne jedoch irgendeine Legitimation als Vertrauensmann der gegnerischen Regierungen nachweisen zu können. In dem vorliegenden Falle handelt es sich um den Großindustriellen Julius Weindl, welcher gewiß von bester Absicht besetzt, seine Mühe zur Förderung der Friedensfrage ansetzt. Herr Weindl, welcher sich nicht als Vertrauensmann einer fremden Regierung legitimiert, hat mir kein Friedensangebot Amerikas oder einer anderen gegnerischen Regierung überbracht.

### Veröffentlichung der ungarischen Geheimdokumente

Budapest, 28. November. Auf den Vorschlag der sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts hat die ungarische Regierung die Bildung eines Ausschusses beschlossen, der aus den vorliegenden Geheimakten festzustellen hat, auf welche Persönlichkeiten in Ungarn die Mitschuld für den Ausbruch des Weltkrieges fällt. Zum Leiter dieser Kommission wurde der sozialdemokratische Minister Kunfi ernannt. Es wird beabsichtigt, das gesamte Material der Oeffentlichkeit zu übergeben und die Schuldigen vor einen Gerichtshof zu stellen.

### Protest des russischen Roten Kreuzes.

Moskau, 20. November. (Mosk.) Der Präsident des russischen Roten Kreuzes hat an die Komites des Roten Kreuzes in Genf und New York ein Telegramm gesandt, in dem er bittet, ihm in der Fürsorge für die russischen Gefangenen in Deutschland zu unterstützen. Er protestiert gegen die Ausweisung der Vertreter des russischen Roten Kreuzes aus Deutschland, fordert die Zusammenarbeit der russischen und deutschen Instanzen und die Zulassung russischer Vertreter des Roten Kreuzes nach Deutschland.

### Die Konstituante für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 27. November. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, durch den die konstituierende Nationalversammlung auf den 1. März 1919 nach Wien einberufen wird. Die Wahl für die konstituierende Nationalversammlung wird durch den Staatsrat auf einen Sonntag Ende Januar oder Anfang Februar ausgeschrieben werden. Weiter wurde der Entwurf einer Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung eingebracht. Der Entwurf beruht auf dem Vorparsystem mit gebundener Parteiliste. Insgesamt sind

für alle Gebiete Deutsch-Oesterreichs 88 Wahlkreise vorgesehen mit 210 Mandaten, indem entsprechend der Bevölkerungszahl auf je 48 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Wahlberechtigt ist jeder deutsch-österreichische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes, der am Tage der Wahl großjährig ist oder während der Jahre 1914 bis 1918 Kriegsdienste leistete. Wählbar ist ohne Unterschied des Geschlechtes jeder wahlberechtigte deutsch-österreichische Staatsbürger, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat

### Französische Posten in badischen Orten.

Rehl, 28. November. Die Franzosen haben gestern Abend auch auf der badischen Rheinbrücke, ohne Mitteilung von Gründen, Posten aufgestellt. Deutsches und französisches Militär steht dort in dichter Nähe, tritt aber nicht in Verkehr miteinander. Auf an anderen badischen Orten wird die Aufstellung französischer Posten auf der rechten Rheinseite gemeldet.

Ueber das Verhalten der in die Pfalz eingerückten Franzosen wird gemeldet: Die Bahnlivnen wurden mit Patrouillen schwarzer Kolonialsoldaten besetzt. Unterwegs hatten die Franzosen auf ihrem vorzeitigen Vormarsch verschiedene deutsche Heeresangehörige festgenommen, sie aber nach ihrer Vernehmung sofort auf freien Fuß gesetzt. Ueber das Benehmen der fremdländischen Truppen sind bisher keine klagen bekanntgeworden. Beim Durchmarschieren rufen sie den Bewohnern Begrüßungsworte zu und stellen ein dauernd gutes Betragen in Aussicht.

### Sympathieübung

#### für den Solinger U.- und S.-Rat.

München, 28. November. Der Münchener U.- und S.-Rat hat in einer Entschließung dem U.- und S.-Rat von Solingen, der mit heimkehrenden Fronttruppen in Konflikt geraten war seine Sympathie ausgesprochen.

### Ingensburg sucht Schutz bei Wilson.

Saar, 28. November. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Regierung des Großherzogtums Ingensburg sich an den Präsidenten Wilson mit der Bitte um Schutz gegen die Gefahren der deutschen Demobilisation gewandt und gleichzeitig gebeten, daß Wilson die Interessen Ingensburgs auf der Friedenskonferenz vertreten möge. Dieses Ersuchen wurde dem Obersten Kriegsrat in Versailles unterbreitet.

### Bauern- und Landarbeiter-Räte.

Eine große Anzahl landwirtschaftlicher Organisationen, vom Deutschen Landwirtschaftsverband und dem Bund der Landwirte bis zum Landarbeiterverband, veröffentlicht einen Aufruf, in dem zur Bildung von „Bauern- und Landarbeiter-Räten“ aufgerufen wird. Es heißt darin u. a.:

Ein „Bauern- und Landarbeiter-Rat“ ist in jeder selbstständigen Gemeinde zu wählen. Untereinander sind in der Regel einer benachbarten Gemeinde anzuschließen. Jeder Rat muß aus mindestens sechs Personen bestehen und zu gleichen Teilen aus den Kreisen der im Hauptberuf selbständigen Landwirte und Arbeiter bzw. der nichtlandwirtschaftlichen Landbevölkerung gebildet werden. Für den Bereich jeder unteren Verwaltungsebene ist an deren Sitz ein „Kreis- (Bezirks- und bezgl.) Bauern- und Landarbeiter-Rat“ zu bilden. Die unterzeichneten Körperschaften bilden einen Zentralbauern- und Landarbeiter-Rat in Berlin, der Anweisungen und Ratsschläge erteilt.

Aufgabe der „Bauern- und Landarbeiter-Räte“ ist Unterstützung der zuständigen Behörden durch:

1. Mitwirkung und Beratung bei Erhaltung und Schutz der vorhandenen Lebensmittel, bei der Regelung ihrer Ablieferung an die bezugsberechtigten Stellen und bei der Bekämpfung des Schleichhandels.
2. Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe, Förderung der Erzeugung, insbesondere durch Sicherung von Saatgut und Steigerung des Anbaus, Wiederaufbau der Viehzucht, Förderung des Genossenschaftswesens.
3. Mitwirkung bei der Aufnahme der evakuierten Arbeitsnehmer und der Beschaffung von Arbeit und Wohnung für diese gemäß den Bestimmungen der Demobilisationsbehörde.
4. Gegenseitige Hilfe beim Schutz von Personen und Eigentum.

#### Volksgenossen!

Die Not der Not fordert die Zusammenfassung aller Kräfte zur Erhaltung der Volkswirtschaft. Alles Trennende hat zurückzutreten. Angesichts der großen Aufgaben vor jeder seine Pflicht, die Stunde verlangt es gebieterisch.

Der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamtes, Genosse Sturm, erläßt dazu eine Bekanntmachung, die anordnet, daß bereits bestehende „Bauernräte“ im Sinne der zwischen den Organisationen getroffenen Vereinbarungen umgestaltet seien, und die ferner einige Ausführungsbestimmungen über den Wahlmodus gibt.

Oeffentlich bewähren sich die Bauern- und Landarbeiter-Räte und tun das Ihrige, um eine geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln herbeizuführen!

### Zu Verschärfung.

Graf von Arnim-Bohlenburg, der Präsident des Herrenhauses, erläßt folgenden Protest:

Nach Zeitungsnachrichten hat die revolutionäre preussische Regierung in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse des Volksrats der Arbeiter- und Soldatenrats von Berlin am 18. d. Mts. die Besetzung des Herrenhauses verordnet.

Der Regierung wie dem Volksrat steht eine gesetzgebende Gewalt, die das geltende Verfassungsrecht für den Preussischen Staat zu ändern vermochte, nicht zu. Namens des Gesamtverbandes des Herrenhauses lege ich gegen die geplante Maßregel hierdurch Verwahrung ein.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Neffing, Berlin-Wilmersdorf, Druck der „Völkischen“ und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19

**Viktoria-Café Wiedereröffnung** In den nächsten Tagen.  
(Inh. Emil Hoffmann) Kapelle  
U. d. Linden 46, Ecke Friedrichstraße Rudolf Weintraub

**Theater und Vergnügungen.**

**Opernhaus**  
Freitag, 29. Nov., mittags 12 Uhr:  
Stoffe - Mittagskonzert  
Abends 7 1/2 Uhr: 4. Hofkapelle-Konzert  
6. Kapelle der Oper.

**Schauspiele**  
7 1/2 Uhr: Heimat.

Direktion Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
7 Uhr: Der lebende Leichnam.

**Kammerspiele**  
7 Uhr: Sohn.

**Kleines Schauspielhaus**  
Pavannenstr. 1, Port. 5  
7 1/2 Uhr: Der Brand im Opernhaus.

Theater i. d.  
**Königsgrätzer Strasse**  
Dir. Carl Malahard - Rud. Bernauer  
7.30 Uhr: Der Katzenstern.

**Komödienhaus**  
an der Marzallbrücke  
7.45 Uhr: Tanzende Nymphen

**Berliner Theater**  
7.30 Uhr: Sterne,  
die wieder leuchten  
Operette in 3 Akten,  
Musik von Walter Kollo.  
Jeden Mittwoch und Sonnabend,  
sochem. 3 1/2 Uhr:  
List's Märchenreise.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky  
7 1/2 Uhr: Der Schöpfer.

**Deutsches Künstler-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Nacht der Leuchtenden.  
Hieraus: Auferstehung.

**Volkshöhne.** Theater  
am Blasenplatz.  
Direk. von Fried. Kayser.  
7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.  
Sonnab. 7 Uhr: Der Kirchgarten.

**Trianon-Theater**  
Ehrl. Friedr. Str. 72, 4027, 3391,  
8 Uhr: Der gute Ruf.

**Wintergarten**  
Das grosse  
Spezialitäten-Programm  
Anfang 7.8 Uhr.

**APOLLO**  
Theater  
Dir. JAMES KLEIN  
Sonntags 3. und 7 1/2 Uhr  
Die Welt geht unter!  
Bilder aus der grossen  
November-Varieté-Schau  
Mitwirkende:  
Senta Böseland, Lucie Bittner,  
Eugene Lubitz, Fritz Beckmann,  
NADCHURA'S Elefanten,  
BOSTON'S Affenmensch  
usw.  
Sonntags 3 1/2, jed. Erwachsene  
1 Kind frei!

**Zeitungs-  
frauen**  
zum Austragen d. „Freiheit“  
sucht  
Lehmann,  
Liebigstraße 10.

**Öffentliche Versammlung  
aller Angehörigen der Marine**  
Sonnabend, den 30. November, nachmittags 4 Uhr  
im Gewerkschaftshaus (Engelshof 15).  
Tagesordnung:  
**Die Marine und die Revolution.**  
Referent: **Dr. Oskar Cohn.**  
Kameraden, erscheint in Massen!!  
Einberufer: Leopold Döring

**Botenfrauen**  
zum Austragen der Zeitung „Die Freiheit“ werden gesucht  
Meldungen werden an folgenden Stellen entgegen genommen:  
Kurzrock, Zionkirchplatz 5  
Paul Vietz, Raumstraße 35  
Gust. Luchmann, Bernauer Str. 88  
Otto Sicker, Canianstraße 19  
Richard Henschel, Usedomstr. 18  
Gustav Köhler, Witschkestr. 19  
Gustav Baum, Leal, Stallschreiberstr. 47  
Otto Tornseifer, NW, Liebocker  
Strasse 43.  
Dasselbst werden auch Bestellungen entgegen genommen

**Kammer  
LICHT-SPIELE**

**Verlängert!**

**Söhne  
des  
Volkes**

Film der Zeit von Ole Olsen und S. Michaëlle  
mit  
**Gunnar Tolnaes**

Vorführung 6 und 8 Uhr.

**Das  
Tagebuch  
einer  
Verlorenen.**

Regie: Richard Oswald  
Hauptrollen: Vera Baranovskaja, Konrad Veidt,  
Werner Krauss, Helene Lehmann,  
u. I. Ruchsteinbaum, Hedwig Bleibtreu

**MIA MAY**  
u. I. Ruchsteinbaum, Hedwig Bleibtreu

**Pola Negri**  
Harry Liedtke  
u. I. Ruchsteinbaum, Hedwig Bleibtreu

**Paul Heidemann**  
u. I. Ruchsteinbaum, Hedwig Bleibtreu

**Ellen Richter**  
u. I. Ruchsteinbaum, Hedwig Bleibtreu

U. T. Westphal  
Kelmendes  
Leben

**UT**

**Sperry**

**Laternen**  
DIE BLAUE LATERNE  
Regie: Rudolf Biebrach

**MOZARTSAAL**

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund.**  
Das Berlin und Umgegend.  
Die am Montag, den 2. Dezember stattfindende Probe für Männer-  
chöre findet nicht im „Gewerkschaftshaus“, sondern im  
**Böhmischen Brauhaus,**  
Landsberger-Allee, statt. Beginn pünktlich 8 Uhr.  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltung Berlin.  
Tel.: Amt Westplog 10028, 3578. Bureau: Rannstraße 30.

**Achtung Drechsler (Ostbezirk)**  
Sonntag, den 1. Dezember, vorm. 10 Uhr  
bei Markmann, Große Frankfurter Str. 18  
Besprechung über Lohn- und Arbeitszeitregelung.  
Sämtliche Kollegen sollten daran teilnehmen, auch diejenigen, die noch  
in der Metallindustrie beschäftigt sind.  
Die Gewerkschaftskommission.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Eichenstr. 23-25.  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1187, 9714.

**Achtung!** **Achtung!**  
**Rohrleger und Helfer!**  
Sonntag, den 1. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr  
**Allgemeine Branchen-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, Saal 1.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Bauanschläger über die Verhandlungen mit  
den Bauherren. 2. Diskussion. 3. Bericht des  
4. Beschlüsse.  
Schriftlicher Verlauf wird erwartet.

**Branchenversammlung  
der Einrichter und Einrichterrinnen**  
in Wilmers Park, Herderstr. 17.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Bauanschläger. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse.  
In Anbetracht der bevorstehenden wichtigen Tagesordnung ist  
pünktliches und zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.

**Achtung! Bauanschläger Achtung!**  
Sonntag, den 1. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr  
**Branchenversammlung  
der Bauanschläger**  
im Lokal von Hermann, Engelshof 15, Saal 5.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Bauanschläger über die Verhandlungen mit  
den Bauherren. 2. Diskussion. 3. Bericht des  
4. Beschlüsse.  
In Anbetracht der bevorstehenden wichtigen Tagesordnung ist  
pünktliches und zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.

**Branchenversammlung  
der Wickler, Wicklerinnen und  
Isolierer Berlins und Umgegend**  
im Lokal von Karl Schilling, Engelshof 15, Saal 7.  
Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den  
Bauherren. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse.  
Schriftlicher Verlauf wird erwartet.

**Fortsetzung der Bezirksversammlung  
des 16. und 17. Bezirks vom 25. November 1918**  
in den Räumen des U. S. P. D.,  
Schriftlicher Verlauf wird erwartet.

**Große Versammlung  
aller Gürtler, Kronen-Schlosser,  
Schleifer, Drücker, Metallformer,  
Metalldreher, Ziseleure, Arbeiter  
und Arbeiterinnen**  
im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, Saal 4.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Bauanschläger über unsere Lohn- und Arbeits-  
bedingungen. 2. Diskussion.  
Schriftlicher Verlauf wird erwartet.

**Achtung! Achtung!**  
**Frontsoldaten-Versammlung**  
am Sonnabend, den 30. Novbr., vorm. 11 Uhr, in der Sophien-  
kölle, Sophienstraße.  
Tagesordnung: 1. Bericht des Frontsoldatenrates,  
Bergholten.

**Versammlung  
der  
russischen Kolonie zu Berlin.**  
Die zurückblutenden russischen Kriegs-  
gefangenen befinden sich in größter Not.  
Diesen zu helfen, ist unsere Ehrenpflicht.  
Die nötigen Maßnahmen zu treffen, findet am  
Sonnabend, den 30. November, 8 Uhr abends,  
in den Prachtkäfen des Weikens, Spichernstr. 3,  
die Versammlung statt.  
Um zahlreiches Erscheinen bitten  
Die Einberufer.

**Grammophone  
und Platten**  
**BIAL & FREUND**  
ALEXANDRINENSTR. 97  
BERLIN S. 42

GROSSE AUSWAHL  
BILLIGE PREISE  
Auf Wunsch  
BEQUEME  
ZAHLWEISE

Verlangen Sie unsere Prospekt 333.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband,**  
Bezirksleitung Gross-Berlin.

**Delegierte zur östlichen Generalversammlung**  
am Montag, den 2. Dezember 1918, abends 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15.

**Ordentliche Generalversammlung d. III. Quartals 1918**  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
2. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
3. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
4. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
5. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
6. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
7. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
8. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
9. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
10. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
11. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
12. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
13. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
14. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
15. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
16. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
17. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
18. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
19. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
20. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
21. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
22. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
23. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
24. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
25. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
26. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
27. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
28. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
29. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
30. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
31. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
32. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
33. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
34. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
35. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
36. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
37. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
38. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
39. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
40. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
41. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
42. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
43. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
44. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
45. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
46. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
47. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
48. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
49. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
50. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
51. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
52. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
53. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
54. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
55. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
56. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
57. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
58. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
59. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
60. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
61. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
62. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
63. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
64. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
65. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
66. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
67. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
68. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
69. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
70. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
71. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
72. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
73. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
74. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
75. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
76. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
77. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
78. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
79. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
80. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
81. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
82. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
83. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
84. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
85. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
86. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
87. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
88. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
89. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
90. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
91. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
92. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
93. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
94. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
95. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
96. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
97. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
98. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
99. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
100. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.

**Sektion 5. Industriearbeiter.**  
Sonntag, den 1. Dezember 1918, vormittags 9 1/2 Uhr.  
Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, Saal 4.

**Versammlung aller Transport- u. Hilfsarbeiter u.  
Arbeiterinnen aus der Metall- u. Rüstungsindustrie.**  
Tagesordnung:  
1. Lohn- und Arbeitsfragen.  
2. Stellungnahme zur Wiedereröffnung der Werke Bruns- und  
Strohmannstrasse ab 1. Januar 1919.  
3. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
4. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
5. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
6. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
7. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
8. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
9. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
10. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
11. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
12. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
13. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
14. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
15. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
16. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
17. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
18. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
19. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
20. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
21. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
22. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
23. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
24. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
25. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
26. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
27. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
28. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
29. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
30. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
31. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
32. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
33. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
34. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
35. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
36. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
37. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
38. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
39. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
40. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
41. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
42. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
43. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
44. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
45. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
46. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
47. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
48. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
49. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
50. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
51. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
52. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
53. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
54. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
55. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
56. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
57. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
58. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
59. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
60. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
61. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
62. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
63. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
64. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
65. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
66. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
67. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
68. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
69. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
70. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
71. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
72. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
73. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
74. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
75. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
76. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
77. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
78. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
79. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
80. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
81. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
82. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
83. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
84. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
85. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
86. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
87. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
88. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
89. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
90. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
91. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
92. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
93. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
94. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
95. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
96. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
97. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
98. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
99. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
100. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Sitz: Engelshof 15. Telefon: Westplog 11448.

**Chemische Industrie.**  
Sonntag, den 1. Dezember, mittags 1 Uhr im Gewerkschaftshaus,  
Engelshof 15, Saal 4.  
Konferenz aller Arbeiterausschüsse, Vertrauensleute und  
Arbeiterräte der chemischen Betriebe Gross-Berlins.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Bauherren.  
2. Diskussion.  
Die Beschlüsse müssen bestimmt erscheinen. Weitere Einlassung  
erfolgt nicht. Die Geschäftsleitung.  
S. K. Kugler Sekretär

**Neukölln U. S. P.**  
Heute, Freitag, 29. Novbr., abends 8 Uhr  
**Extra-Zahlabend**

- in folgenden Bezirkslokalen:
- |  |  |
|--|--|
| 1. Bezirk: H. Schöthauer, May-<br>bach-Ufer, Ecke Schinkelstr.   | 12. Bezirk: Müller, Thätigkeits-<br>straße 5       |
| 2. Bezirk: Schmidt, Wasserstr.,<br>Ecke Panzerstraße.            | 13. Bezirk: Laube, Bendastr. 4<br>Ecke Kran-P.     |
| 3. Bezirk: P. Schmidt, Panzer-<br>straße 9a.                     | 14. Bezirk: Mewes, Emsenstr. 94                    |
| 4. Bezirk: Gamscher, Ecke Tell-<br>straße, Kaiser-Friedrich-Str. | 15. Bezirk: Fritsch, Nogatstr. 30                  |
| 5. Bezirk: Henolt, Weichsel-<br>straße 5.                        | 16. Bezirk: Pichulek, Okerstr. 4                   |
| 6. Bezirk: A. Balke, Weser-<br>straße 42.                        | 17. Bezirk: Flick, Jonsstr. 28                     |
| 7. Bezirk: Götig, Donnerstraße,<br>Ecke Erkstraße.               | 18. Bezirk: Lohde, Steinhof-<br>straße 35.         |
| 8. Bezirk: Gehrmann, Wasserstr.,<br>Ecke Finowstraße.            | 19. Bezirk: Richter, Prinz Handl-<br>straße 3      |
| 9. Bezirk: Dase, Richardstraße,<br>Ecke Friedr. Str.             | 20. Bezirk: Müller, Zofenstr. 30                   |
| 10. Bezirk: Ideklausen, Marsch-<br>straße 14.                    | 21. Bezirk: Schwedter, Walter-<br>straße 14        |
| 11. Bezirk: Ideklausen, Marsch-<br>straße 14.                    | 22. Bezirk: K. Herzog, Mahlower-<br>straße 10.     |
|  | 23. Bezirk: Müller, Malzstr., Ecke<br>Biebrichstr. |
|  | 24. Bezirk: Müller, Malzstr., Ecke<br>Biebrichstr. |
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es  
Pflicht aller Genossinnen und Genossen, bestimmt  
und pünktlich zu erscheinen.  
Pflicht der aus dem Felde zurückgekehrten Gen-  
ossen ist es, sich umgehend im Parteibüro, Neckar-  
straße 3, anzumelden.  
Der Vorstand.

**Bestellungen  
auf das Zentralorgan der U. S. P. D.  
„Die Freiheit“ werden angenommen bei:**

Baum Gustav, S. Stallschreiberstr. 47	Jordan Max, S. Dresdner Str. 24	Meyer Karl, N. Chodorowstr. 6
Böttcher Max, N. Ullrichstr. 28	Käfersick Hermann, Stieglitz, Marien- dorfer Str. 15	Maas Otto, N. Kameruner Str. 52
Böring Otto, W. Steinmetzstr. 23	Kurzrock, N. Zionskirchplatz 5	Mews Fritz, N. Gensler Str. 28
Engel, Lichtenberg, Neue Bahnhofsstr. 36	Köhler G., NW, Wilsdorfer Str. 19	Neumann, SW, Zimmstr. 54
Gliesche Fritz, N. Soldiner Str. 34	Kordig J., SW, Solmsstr. 4	Sinner Reinhold, SB. Muskauerstr. 31
Gerecke, Pankow, Nublenstr. 71	Lotse, S. Boppstr. 1	Sommer, SB, Wienerstr. 26
Herbst, Pankow, Florastr. 25	Lachmann, N. Bornholmer Str. 86	Sicker Otto, N. Canliensstr. 19
Hübner, N. S. Bulstr. 69	Lehmann Otto, O. Liebigstr. 10	Vietz Paul, N. Baumstr. 35
Henckel, Usedom Str. 18		Wosach Rudolf, N. Wiesenstr. 31

# Stürmische Versammlung der Soldatenräte.

Im großen Sitzungssaal des Reichstags traten am Donnerstag die Soldatenräte Groß-Berlins zusammen. Saal und Tribünen sind überfüllt. Die Tagesordnung lautet: 1. Präsenzliste, 2. Bericht des Bureau, 3. Bericht des Vollzugsrats, 4. Nationalversammlung.

Den Vorsitz führt Gottschling. Aus der Versammlung heraus wird an den Versammlungsleiter die Frage gerichtet, ob er in einem besonderen Dienste des Vollzugsrats steht, da in diesem Falle die Unparteilichkeit angezweifelt werden müsse. Gottschling bemerkt dazu, daß er seit einigen Tagen als Kassierer des Vollzugsrates tätig sei, was aber seiner Meinung nach kein Grund sei, seine Unparteilichkeit als Leiter der Versammlung anzuzweifeln. Redner verteilte einen schriftlichen Protest, der nach der vorigen Versammlung bei ihm eingegangen ist. Der Protest lautet besonders auf die politische Ueberzeugung Gottschlings.

Göhen (Neuh) legt dar, daß nach seinen Erfahrungen die Objektivität durch die Parteilichkeit nicht beeinträchtigt zu werden braucht. (Lebhafte Zustimmung.) Gottschling stellt anheim, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung die Wahl des Vorsitzenden zu setzen. Unter allgemeiner Zustimmung führt Gottschling die Verhandlungen weiter.

Das Erscheinen Scheidemanns wird von einem Teil der Versammlung mit Gänzlichem Beifall begrüßt, was bei dem anderen etwa gleich heißen Teil Proteste hervorruft.

Ein Redner wendet sich dagegen, daß gestern im Lehrerbereinshaus eine plötzlich einberufene Versammlung der Soldatenräte zur heutigen Versammlung Stellung genommen hat. Außerdem wird eine Prüfung der Mandate gefordert.

Die gestrige Versammlung hat zum Ausdruck gebracht, daß in der heutigen Versammlung dem Vollzugsrat ein Vertrauens- oder Nichtvertrauensvotum auszustellen, aus dem der Ausschuss seine Konsequenzen zu ziehen hätte. Rotenbuhrt teilt mit, daß die gestrige Versammlung vom Soldatenrat Potsdam einberufen worden ist. Er konnte der Einladung nicht Folge leisten. — Den

## Bericht des Vollzugsrats

eröffnet darauf Rotenbuhrt: Als wir unsere Arbeit antraten und die Soldaten zum einmütigen Zusammenwirken aufriefen, ahnten wir noch nicht, welche furchtbare Erbschaft wir angetreten haben. — Zunächst mußten wir uns mit der Demobilisation beschäftigen. Wir haben die Ungerechtigkeiten, die in der unterschiedlichen Bezahlung der Zivilisten und Soldaten in den Militärbetrieben und Ausrüstungsbetrieben, indem wir anordneten, daß den Soldaten als Arbeiter der übliche Lohn zu zahlen ist, daß den Soldaten als Arbeiter so schnell wie irgend möglich entlassen werden sollen, aber wir haben auch dafür zu sorgen, daß für die entlassenen Kameraden Erwerbsmöglichkeiten vorhanden sind. Wir lassen ferner die Bildung der Demobilisierung der Frontsoldaten haben ferner die Bildung der Demobilisierung der Frontsoldaten unter der roten Garde übergeben, wird er wiederholt unterbrochen und zur Sache gerufen. Der Vorsitzende mahnt den Redner Ruhe zu bewahren. Er fährt fort: Ich muß hier darlegen, daß die Bildung der roten Garde lediglich als Truppe gegen die Gegenrevolution von uns beabsichtigt war. (Zuruf: Und die von uns!) Redner geht auf die Verhältnisse an der Front ein, wobei er wiederholt stürmisch mit den Händen: Nicht zur Sache gehen! unterbrochen wird. Auch der Hinweis auf den Erfolg des Generals Sirtz v. Arnim wird mit Zurufen: Zur Sache! zum Bericht zurückgewiesen.

Ich sehe, wozu Sie wollen, und werde auf den eigentlichen Bericht eingehen, führt Redner fort. Der Vollzugsrat hat die Delegierten der großen Armeen und den in Süddeutschland als beigeordnet aufgenommen, um zum Ausdruck zu bringen, daß

## Einheit Deutschlands

am Herzen liegt. Der Vollzugsrat hat nichts getan, um den Verdacht einer Herrschaft Berlins über das ganze Land zu beseitigen. Kurt Eisner, der bayerische Ministerpräsident, hat und erklärt, daß sie nichts gegen den Vollzugsrat haben, aber sie wollen von dem Kaiserhof Berlin sich nicht dirigieren lassen. Die Antipathie Süddeutschlands gegen Berlin besteht bereits seit Jahren und ist in den letzten Jahren gefördert worden durch die vielen Kriegsgeschehnisse, die in Berlin für das ganze Reich arbeiten. Dazu kommt, daß in Süddeutschland die Friedensbewegung früher einsetzte als bei uns. Der Vollzugsrat betrachtet sich nur als ein Provisorium, bis durch eine allgemeine Delegiertenversammlung für Deutschland eine zentrale geschaffen ist. (Lebhafte Zustimmung.) — Wir müssen in einer Publikation energisch fordern, daß jede lokale Beschlagnahme unterbleiben muß. (Zuruf: Sicherheitsdienst.) Ja, der funktioniert auch nicht überall. Von der Kommandantur ist mir mitgeteilt worden, daß heute vormittag ein Oberleutnant in der Dragonerkaserne eine Anrede gehalten und ein Hoch auf den Kaiser ausgedrückt habe. (Mache und Zuruf: Stimmungslos!) Ich lehne jede Stimmungsrede ab. Das gehört meiner Meinung nach durchaus zum Tätigkeitsbereich. Denn wir müssen auf jeden Versuch der Militär, ihre Hand gegen die Revolution zu erheben, achten. Leider gibt es ja in Berlin Soldatenräte, die revolutionären Aufgaben sich nicht bewußt sind. (Stürmische Zurufe: Namen nennen!) Dazu rechne ich den Soldatenrat von Potsdam. — In Berlin hat man bereits am 7. November begonnen, das amtliche Material über die Vorgeschichte des Reiches zu verbrennen. (Der Bericht wird mit schwachem Beifall aufgenommen.)

## Die Diskussion.

Grovin protestiert dagegen, daß erst so spät eine Versammlung einberufen worden ist. An die Stelle der früheren Hochherber sind die getreten, die die Revolution gemacht haben. (Stürmische Zurufe: Nein, nein, die Regierung wurde befehlt von Vertretern der Parteien, die die Revolution angeleitet haben. Zuruf: Nein!) Es wäre alles gut gegangen, wenn nicht der Ausschuss der Arbeiter wäre gekommen. Redner gibt auf eine Forderung, in der die Abhängigkeit der Regierung von dem Vollzugsrat bühnisch behandelt wurde, der Redebeitrag: Welche Stellung? Die „National-Heitung“. (Allgemeine Bewegung.) Es ging durch viele Zeitungen. Die öffentliche Meinung in Deutschland ist aber so, daß man eine Erklärung der Berliner Arbeiterklasse über Deutschland fürchtet. (Sehr richtig.) Dazu kommt, daß gegenüber Berlin eine Angst vor dem Bolschewismus besteht. (Zuruf: Dumm und sehr richtig.) Aus dem Aktionsausschuss zur Ausschreibung der Räte und Sicherheit ist ein Vollzugsrat mit ganz anderen politischen Ansichten geworden. (Zuruf: Nein, nein!) Und zwar ohne unsere Zustimmung. Gegen diese Eigenmächtigkeit kann nicht schärfer protestiert werden. Die freigeordnete Stelle ist bereits wieder eigenmächtig besetzt worden. (Zuruf: Aus dem Aktionsausschuss.) Jeder der wichtigsten Fragen, Lösung und Herrschaft große Unklarheit. (Zustimmung.) Die Rolle des Vollzugsrats über die Regierung ist völlig überflüssig. Die Regierung hat unser Vertrauen. (Zuruf: Nein, bei einem Teil der Berl.) Darum

weg mit jeder Kontrolle der Regierung durch den Vollzugsrat. (Zuruf: Nein, bei einem Teil der Berl.)

Ein Vertreter des Nationalrats in München erklärt unter stürmischem Beifall, daß München die Reichseinheit wünscht. Geben Sie unseren Kameraden das schönste Weihnachtsgeschenk, das sie sich nur wünschen können, die Nationalversammlung! (Stürmischer Beifall.)

Verhard: Was hat der Vollzugsrat getan? (Nichts, nichts!) Ja, von allem dem, was wir erwarten haben, hat er nichts getan! (Lebh. Zustimmung, Widerspruch Rotenbuhrt, der Unruhe hervorruft.) Nicht der Vollzugsrat hat sich an Vertreter der süddeutschen Kameraden gewandt, sondern umgekehrt. Vertreter von Truppenteilen mußten stundenlang warten, ehe sie vorgelassen wurden. Wie steht der Vollzugsrat zur Nationalversammlung? (Zuruf: Leidenredel!) Anfangs waren unsere Kameraden im Vollzugsrat für die Nationalversammlung, sie sind allmählich unter dem Einfluß linksradikaler Politiker gekommen. Ein Mitglied des Vollzugsrats fragte in einer Sitzung: Was ist denn eine Nationalversammlung? (Zuruf: Namen nennen!) Strobel: Widerspruch Strobel. Es entspinnt sich zwischen Redner und Strobel unter großer Unruhe eine Auseinandersetzung. Die Geschäftsordnung des Vollzugsrats spottet jeder Beschreibung. Positive Arbeit ist einfach unmöglich. Kamerad Walz ist ohne Grund verhaftet worden — von Kurieren des Vollzugsrats. (Große Unruhe.) Wir ist Material übergeben worden, monach eine schlimme Vetterwirtschaft im Vollzugsrat besteht. Wir verlangen Antwort auf die Fragen: Was hat der Rat zur Demobilisation getan? Wie steht er zur Nationalversammlung? (Zuruf: Was haben Sie getan? — Der Redner findet stürmischem Beifall, der in große Unruhe verläuft.)

Redner fragt, ob Scheidemann das Wort erhalten soll zu einer Ansprache. (Zuruf: Nein!) Ein Redner spricht unter stürmischem Beifall dagegen mit der Begründung, daß die Versammlung die Aufgabe habe, militärische Angelegenheiten zu erledigen.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß nach wie einem Vertreter der Regierung in einer Versammlung das Wort verlangt worden ist. Es entspinnt sich eine minutenlange Unruhe. Ein Vertreter der Offiziere bedauert, daß ein Vertreter der Regierung nicht das Wort erhalten habe. Schließlich wird mit großer Mehrheit beschlossen, Scheidemann das Wort zu geben.

Scheidemann: Unsere Aufgabe ist: Frieden und Brot zu schaffen. Angehts dieser Aufgaben über Kleinigkeiten sich zu streiten, kann ich nicht verstehen. Es ist klar, wenn in einer solchen ausgeprochenen Soldatenversammlung ein Streit ausbricht, so besteht die Gefahr eines Risses zwischen Arbeitern und Soldaten. So groß auch der Anteil der Soldaten an der Revolution ist, vergessen Sie nicht, daß auch die Arbeiter einen Anteil haben. (Lebh. Zustimmung.) Dann begraben Sie den Kleinlichen Streit. (Nein, nein!) Nun, dann erledigen Sie ihn nicht in dieser Versammlung. (Lebh. Unruhe.) Nun, dann will ich Sie nicht abhalten. Aber ich meine: Wir haben doch jetzt andere Aufgaben! So schlimm, wie Rotenbuhrt die Lage der Demobilisierung an der Front geschildert hat, ist sie nicht. Der angebliche Erfolg des Sirtz v. Arnim ist bereits als unzureichend bemerkt worden. Gegen die Verfügungen des Generals Scheer hat sich entschieden vorgegangen. Hindenburg und Groener haben nachdrücklich erklärt, daß sie rückwärts die neue Regierung unterstützen. (Lebh. Bravo!) Scheidemann schließt mit einem Appell zur Einigkeit. (Stürmischer Beifall.)

Colin-Roh protestiert dagegen, daß der Versammlung gemeldet wird, sie wolle einen Riß zwischen Arbeitern und Soldaten hervorbringen. Aber wir wollen hier über soldatische Angelegenheiten reden. Darum beantrage ich, daß nur Soldaten das Wort erhalten mit Ausnahme Mich. Müllers als Vorsitzender des Vollzugsrats.

Göhen (Neuh) spricht unter lebhaftem, wachsendem Widerspruch gegen den Antrag. Die Fragen, die wir zu besprechen haben, sind mit den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen so eng verknüpft, daß wir auch allen Vertretern des Vollzugsrats das Wort auf Wunsch gestatten müssen. Die Unruhe wächst, daß der Vorsitzende erklärt, wenn die Anwesenden nicht ruhiger werden, sein Amt niederzulegen.

Die Abstimmung über den Antrag Colin-Roh ergibt ein preiswertes Resultat. Es wird ein Antrag eingebracht, demzufolge zunächst sieben Soldaten, die in der gestrigen Versammlung als Redner über die Klagen gegen den Vollzugsrat genannt worden sind, das Wort erhalten. Nach Widerspruch Göhen wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Das Ergebnis ruft stürmischem Beifall hervor.

Ein Vertreter der Offizier-Soldaten: Genossen, — versehen Sie, nach einem Zwischenruf scheint es zwar, als wenn das Wort Genosse ein Edelmantel wäre: Wir sollten bedenken, daß der Feind rechts steht. (Zuruf: auch links.) Ach, lassen Sie sich durch gewisse Zeitungen nicht ins Rothorn jagen, die vor dem Volkswillen graulich machen wollen. Wir an der Offiziere sind weit mehr berufen, politische Entscheidungen zu treffen, da wir zwei Republikken haben. Für unsere Kameraden bestehen die großen Gefahren, wie sie Rotenbuhrt geschildert, nicht. Bravo! In der kurzen Zeit meines Aufenthalts in Berlin habe ich den Eindruck gewonnen, daß in Berlin inwieweit schon Ordnung geschaffen worden ist. Bei uns herrscht kein Unterschied zwischen Arbeiter und Soldaten. Aus der Arbeiterklasse ist die Revolution entstanden, und die Arbeiterklasse wird die Befehle zu wahren haben. (Starker Beifall.)

Ein Antrag, daß nach Schluß der Rednerliste auch Regierungsvertretern das Wort zu geben ist, wird angenommen.

Walz: Wenn jeder der Soldatendelegierten vor seiner Wahl in den Vollzugsrat gesagt hätte, was er vor der Revolution war und getan hat, dann wäre der Vollzugsrat anders zusammengesetzt worden und das Vertrauen der Massen zum Vollzugsrat wäre von vornherein größer gewesen. Um das für seine Person nachzuholen, wolle er nur über sein Vorleben berichten. Er sei Offizier geworden und habe sich schon als solcher mit den sozialistischen Ideen vertraut gemacht. Als er als Oberleutnant und Führer einer Flammenwerfer-Kompanie nach Berlin versetzt wurde, sah er den Entschluß, mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu treten, um für den Sozialismus tätig zu sein. Er wendete sich an Ledebour, der allmählich auch Vertrauen zu ihm hatte. geraume Zeit vor der Revolution habe Ledebour ihm gesagt, daß die Stunde kommen würde, wo er als Offizier tätig in die Revolution eingreifen müsse. Er bereitete sich innerlich und auch in seiner Eigenschaft als Kompagnieführer darauf vor. Er verhandelte dann später mit Däumig, Barth und Richard Müller. Die Mittel, mit denen die Revolution vorbereitet war, waren gering. Es waren Waffen vorhanden, aber in geringer Anzahl und in schlechtem Zustande. Mit diesen Mitteln allein wäre die Revolution nicht herbeigeführt worden. Große Mittel und Pläne fehlten. Eine Konferenz sollte den Beschluß, daß die Revolution am Montag, den 4. November 1918 stattfinden sollte. Dieser Beschluß wurde aufgehoben, so die Stimmung in der Arbeiterklasse noch nicht reif gemeldet sei. Man beschloß nun aber, nicht zu oft zu Beratungen zusammen zu kommen und sich nicht

zu beraten. Unmittelbar darauf wurde Redner durch seinen Regimentschef verhaftet. Für ihn entstand nun die Frage, ob und wie er vor dem Untersuchungsrichter sprechen sollte, oder ob Schweigen geboten sei. Er mußte für seine Frau fürchten, die mit ihm Verstecke bei Ledebour gemacht habe, der Bewegung aber sonst fern stehe. Sein eigenes Wissen für den Sozialismus und die Revolution war seiner Frau bekannt. Er mußte verhindern, daß auch seine Frau in die Untersuchung hineingezogen würde. In dieser Stimmung sagte er vor dem Untersuchungsrichter mehr aus, als rasch gewesen sei. Als ihn nach seiner Befreiung durch Ledebour gefragt worden sei, er habe Däumig beraten, antwortete er sofort, daß er den Namen Däumig erst genannt habe, nachdem der Untersuchungsrichter ihm gesagt habe, daß D. bereits verhaftet sei. Um mit einem der Genossen zwecks Verständigung zusammen zu kommen, sagte er dem Untersuchungsrichter, er habe mit einem der Genossen eine Beratung in seiner Wohnung und möchte dorthin gehen, um noch etwas herauszubekommen. Er habe dem Untersuchungsrichter gesagt, er sei nur an der Bewegung beteiligt, um zu spionieren, was ihm nicht geglaubt worden sei. Er gibt zu, daß er durch Unvorsichtigkeit Derrat getrieben habe. Er bestreitet indes, böswillig und mit Absicht derratet zu haben. Er selbst glaubt durch einen Mann derratet worden zu sein, der bei ihm im Bureau beschäftigt war, obwohl dieser ihm selbst unzuverlässig erschienen sei. Walz wurde dann später in den Vollzugsrat gewählt. Dort wurde bald die Frage gestellt, ob er geeignet sei, diesen Posten zu bekleiden. Man müsse fürchten, sei ihm gesagt worden, daß er bei anderer Gelegenheit wieder auf geistliche Fragen eines Untersuchungsrichters hinfallen würde. Es wurde ihm nahegelegt, sein Mandat im Vollzugsrat niederzulegen und von Berlin abzureisen. Walz war entschlossen, dies zu tun, als Soldaten zu ihm kamen und ihm sagten, er sei nicht berechtigt, auszugehen, ohne seine Wähler zu fragen. Bei einer Untersuchung seiner Wohnung, die der Vollzugsrat später veranlaßt, sei nichts Belastendes gegen ihn gefunden worden. Als er noch im Vollzugsrat saß, gaben Müller und Rotenbuhrt als Vorsitzende des Vollzugsrats ihre Unterschrift zu einer Vollmacht, die ihn ermächtigte, die Verfügungen des Kriegsministers auszuführen. So stellte sich später heraus, daß die beiden Vorsitzenden die Unterschrift gegeben haben, ohne Vorwort und Sinn der Vollmacht zu kennen. (Müller sei später gesagt worden, er habe sich die Vollmacht durch Schreibung verschafft. Er wünscht, daß alle Mitglieder des Vollzugsrats so genau über ihre Person berichten möchten, wie er. (Großer Beifall.)

Richard Müller (Mitglied des Vollzugsrats): Ich schlage vor, daß Sie zunächst die Sache Walz erledigen und mir das Wort geben. (Beifall.)

Ein Vertreter von Baden: Die Vertreter der Soldatenräte von Baden und Elsaß-Lothringen erklären, daß sie die Auffassung haben, die Soldatenräte würden vom Vollzugsrat terrorisiert. Wir verlassen unter Protest das Lokal.

Ein Vertreter der Offiziere erklärt, daß das unparlamentarische Verhalten der Versammlung dazu beitragen müsse, die Einheit zu fördern.

Richard Müller: Genossen Walz war die Kontrolle des Kriegsministeriums übergeben. Walz ist bei seinem Antritt dem Kriegsminister Schlich entgegengetreten und verlangte sofort 6 Zimmer für sich (Widerspruch Walz), so daß Schlich erklärte, daß er in der Weise mit Walz nicht arbeiten kann. Genosse Walz hat sich eine Vollmacht verschafft, die weit über das Maß seiner Tätigkeit hinausgeht. Er hat Dinge angeordnet, die eines gemeinsamen Beschlusses des Vollzugsrats bedürftig wäre. Er hat an Leute Legitimationen ausgegeben, die absolut nicht als Mitarbeiter der Revolution angesehen werden konnten. Er hat selbständig einen 1. Kommandanten bestellt. Ferner liegen hier die Berichtskarten des Genossen Walz. Wenn Sie wünschen werde ich sie verlesen. (Zustimmung.) Redner verteilte die Karten. Danach erzählte Walz dem Untersuchungsrichter, daß er lediglich aus patriotischen Gefühl der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beirrat, um ihre Pläne kennenzulernen. Er erzählte dem Untersuchungsrichter von Unterredungen mit Ledebour, Barth und Müller, in denen die Streiks und Revolution vorbereitet wurden. Er habe sich ferner an Barth herangewandt, um näheres über die beabsichtigten Streiks zu hören und den Streik niederzulegen zu können. Weiter sagte Walz aus, er habe vor seinen Mannschaften in einer Ansprache sich für die Fortführung des Krieges bei einem schlechten Frieden ausgesprochen und mit einem Kaiserhoch geschlossen. Ferner habe Walz mit verschiedenen Herren und militärischen Führern Verbindung gesucht, um die bevorstehenden Streiks und die Revolution niederzuschlagen zu helfen. Nach halbständigen Berichten wird immer stürmischer „Schluß“ gerufen. In der Unruhe gibt der Vorsitzende bekannt, daß ein Antrag eingegangen sei, der die Angelegenheit Walz als erledigt bezeichne, in einem anderen, der dem Vollzugsrat die Sache als Nichtrauen ausdrückt.

Müller beschränkt sich schließlich auf die Erklärung, daß bei Annahme des Nichtrauenvotums der Vollzugsrat gezwungen sei, das gesamte Aktenmaterial zu veröffentlichen, was er nicht gern schreite.

Vollkommissionar Barth schlägt vor, eine siebenköpfige Kommission zu wählen, der das gesamte Material zu überweisen sei.

Heine (vom Soldatenrat Potsdam): In unserem Rat gibt es keinen aktiven Offizier. Wir wollen daselbe, was Scheidemann will: Freiheit, Brot, Frieden. (Zuruf: Aber keine Gleichberechtigung.) Was hier gegen Walz vorgebracht worden ist, ist schmutzige Wäsche, die hier nicht hergehört. (Cho, cho.) In der gestrigen Versammlung sei beschlossen worden, daß heute die Mitglieder des Vollzugsrats, d. h. nur die Soldaten, nicht die zivilen Mitglieder, gegen die haben wir nichts — sich verantworten sollten. Und dann sollte die Versammlung über jeden einzelnen urteilen, ob er des Vertrauens würdig sei. Wir haben nichts gegen die Arbeiter. Wir wollen genau so wie die, die die Revolution gegen rechts verteidigen. (Zuruf: Auch gegen links!) Ach, lassen Sie sich nicht gruselig machen vor Spartacus. Spartacus will auch keinen Terror, sondern nur, daß die Massen des Reiches auf die tragfähigen Schultern verteilt werden. (Sehr richtig.) Der Vollzugsrat hat versäumt, die Verbindung im Lande anzuknüpfen. Redner spricht für den Vorsitz der Parteikassen. Lassen Sie sich nicht durch Schlagworte verwirren. (Starker Beifall.)

Ein weiterer Redner erklärte, wenn Heine seine heutigen Ausführungen geltend gemacht hätte, in jener Versammlung, so wäre die Erregung nicht hierher getragen worden. Heine hat gestern das Gegenstück von seinen heutigen Ausführungen gemacht. Heute macht er nur Reklame für seine Person.

Colin-Roh: Ich habe nichts gegen die Arbeiter. Aber es besteht doch ein Unterschied in der Höhe zwischen einem Arbeiter und einem Soldaten, auch wenn dieser Arbeiter gewesen ist. Wir wollen auch mit Arbeitern zusammen arbeiten. (Ledebour: Sie wollen uns so nicht zu Worte kommen lassen.) Redner erklärt, daß er der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beigetreten sei, weil er in Ledebour und Däumig Partei und ebendiese Reichlich-

Kellen gefunden habe. Sorgen Sie dafür, daß der Vollzugsrat keine Einmischung erhalte. Wenn seine Mitglieder 50 M. pro Tag Entschädigung erhalten, so entspricht das nicht der Würde des Amtes eines Vollzugsrats. (Beifolger Beifall.)

Roch längerer Debatte stellt Wäcker einen Schlußantrag.  
Er schlägt ferner die Wahl einer siebenköpfigen Kommission vor, die gegen den Vollzugsrat erhobenen Anklagen prüfen soll. Der Antrag wird einstimmig angenommen.  
In die Kommission werden gewählt: Reander, Goldschmidt, Gae, Ruhn, Berg, Joggis und Korn.

### Eine Erklärung.

Am der heute im Reichstag tagenden Versammlung der Soldatenräte Berlins geben die Vertreter der Ostfront folgende Erklärung ab:

Zu Vertretung von etwa 400 000 Kameraden der Ostfront erklären wir, daß die Versammlung uns geeignet erscheint, durch ihr gewalttätiges, unparlamentarisches Vorgehen nicht nur die Reichseinheit aufs schwerste zu gefährden, sondern vor allem schwerste Unruhen in die Straßen Berlins zu tragen. Die Hoffnung unserer Kameraden an der Ostfront, die nur auf Erhaltung der Einheit beruht, bricht damit zusammen. Wir bitten noch einmal alle Kameraden, die Folgen zu überlegen und Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Delegation der Ostfront  
Oehms, Bergmann.

## Groß-Berlin.

### Das öffentliche Anschlagwesen.

In Berlin ist das öffentliche Anschlagwesen der Firma Raud u. Hartmann verpackt. Während der Kriegszeit blieb die Firma mit ihren Packmaschinen im Rückstand; sie zahlte, was ihr beliebt war, und reduzierte die Packsumme immer mehr. Sie bearbeitete dieses Verhalten mit den Kriegsverhältnissen; es seien plötzlich die Aufträge auf ein Minimum gesunken und deshalb könne die vertraglich vereinbarte Packt nicht gezahlt werden.

Das sagte dieselbe Firma, die in Friedenszeiten Millionen über Millionen verdient hatte. Diesen Verdienst machte Raud u. Hartmann gern ein, aber das Risiko in schlechten Zeiten sollte die Stadt tragen. Ein sehr bequemeres Verfahren. Nur entspricht das nicht dem Vertrage, der noch bis 1921 läuft. Die Stadt ging wegen der riesigen Summe gegen Raud u. Hartmann vor, nachdem die zuchändige Packt gesunken worden war.

Es kam zur Klage oder besser gesagt zu verschiedenen Klagen. Zuerst wurde versucht, das Vermögen der Inhaber der Firma festzuhalten zwecks Schadloshaltung der Stadt. Dieser Versuch mißlang, das Vermögen wurde verschoben. Dann kamen die anderen Klagen. Die erlitten fortgesetzte Verzögerungen. Und tatsächlich fanden sich Richter in Berlin, die der Stadt noch Unrecht gaben. Man bedenke: Die Säulen sind Eigentum der Stadt, sie sind an Raud u. Hartmann verpackt. Die Firma zahlt die vertraglich festgesetzte Packsumme nicht. Es ist nicht einmal möglich, der Firma den Anschlag an die öffentlichen Säulen wieder abzunehmen. Die Packsumme steigt, sie beträgt schon gegen eine Million Mark. Die Klage schwebt in der Revisionsinstanz. Der Skandal ist wahrlich kaum noch zu steigern.

In der letzten Sitzung der Tiefbaudeputation wurde die Sachlage erneut besprochen. Von unserem Vertreter wurde darauf hingewiesen, daß es nur ein Mittel gäbe, aus diesem für die Stadt unwürdigen Zustande herauszukommen, indem die Stadt das Anschlagwesen in eigene Regie übernimmt. Diese Forderung sei von unseren Parteifreunden seit Jahren gestellt, aber immer abgelehnt worden. Die gemachten Erfahrungen schreien geradezu nach Verstaatlichung. Besonders vorteilhaft würde die eigene Regie des Anschlagwesens sein, wenn die Stadt sich auch eine eigene Druckerei zulege. Die Firma Raud u. Hartmann habe ihre großen Verdienste nach eigenen Angaben aus dem Druckbetrieb gezogen. Die Stadt gebe jährlich große Summen für Druckfachen aus, die in eigenem Betrieb hergestellt werden könnten. Selbst wenn die Stadt bis zum Ablauf des Vertrages mit Raud u. Hartmann noch keine eigene Druckerei habe, müßte das Anschlagwesen von der Stadt selber betrieben werden.

Schließlich beschloß die Deputation in ihrer Sitzung am Mittwoch einstimmig, das Anschlagwesen in eigene Regie zu nehmen und diesen Antrag sofort dem Magistrat zur Zustimmung zu unterbreiten.

Es war die höchste Zeit, daß endlich einmal klare Bahn geschaffen wurde. Der Magistrat wird hoffentlich diesem Beschlusse zustimmen. Es ist das dringlich, damit alle Vorbereitungen so schnell wie möglich getroffen werden. Die Firma Raud u. Hartmann weiß dann auch, wie sie daran ist. Hätten die bürgerlichen Stadtverordneten auf unsere Stimme früher gehört, wäre die Stadt nicht in die für sie so unwürdige Rolle gekommen.

### Die Versorgung der Arbeiter in Groß-Berlin mit Kleidung.

Durch den Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung und der Kleider-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. ist eine neue Versorgungsstelle für die in folgenden Industriezweigen: Metall-Industrie, Transport- und Fuhrwesen, Gemische Industrie, Bau-Industrie, Industrie für Stein und Erde tätigen Arbeiter geschaffen worden.

Grundsätzlich sollen nur solche Arbeiter zum Kauf berechtigt sein, die in Betrieben tätig sind, in welchen weniger als 40 Arbeiter beschäftigt werden. Es sind sowohl neue Anzüge sowie wieder instand gesetzte Anzüge und Mäntel vorzuziehen. Das Quantum ist ausreichend, so daß ein jeder Arbeiter beliefert werden kann. Berechtigt zum Einkauf ist jeder in obengenannten Betrieben tätige Arbeiter, der außer einem Bezugsgeld auch einen Ausweis seiner Firma bringt, bei welcher er tätig ist oder sein wird.

Die Verkaufsstelle befindet sich Kommandantenstr. 82, Hof, Geddeshof. Der Verkauf findet wochentags und zwar in der Zeit von 10-12 Uhr vormittags und von 3-8 Uhr nachmittags statt.

Es ist hierdurch etwa 200 000 Arbeitern Gelegenheit gegeben, sich mit guter bürgerlicher Kleidung preiswert zu versehen.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Wiederbeschaffung und Beschaffung von Stoffen mit Fernlieferungen ebenfalls dort erfolgt. Die Festsetzung der Preise ist in Gemeinschaft mit der Gewerkschaftskommission erfolgt, so daß jede Gewinnmaximierung ausgeschlossen ist.

### Festlebe im Kaiserschloß.

Schon einmal konnten wir unsere Leser davon unterrichten, wie Wilhelm Hohenzollern das Durchhalten verstand. Die riesigen Mengen von Lebensmitteln aller Art, die bei einer Unternehmung der Schloßräume vorgefunden wurden und so groß waren, daß bei dem heutigen Kartensystem eine ganze kleine Stadt längere Zeit davon hätte leben können, scheinen den Wächtern, die für des Kaisers Wohl und Zukunft besorgt waren, noch nicht genügt zu haben. Davon gibt folgender Telegrammwechsel Kunde, der in der Kasse des Hofmarschallamtes vorgefunden wurde und aus den letzten Tagen des seligen Regiments Wilhelms II. stammt:

Telegramm vom 10. 9. 18.

Chef des Wirtschaftsstabes beim Militär-Gouvernement in Rumänien.

Wäre es möglich, dem in Berlin königl. Schloß befindlichen Kriegsmagazin des Großen Hauptquartiers, Abt. Oberhofmarschallamt, wiederum drei Fässer Schweinefleisch, das dringend benötigt wird, zu überweisen.

Oberhofmarschallamt.

A. H.

gez. Merk.

Antwort.

Zu vorstehendem Telegramm vom 10. 9. wegen Zeitknappheit hier im Lande Lieferung unmöglich.

Wirtschaftsamt D. R. . . .

Zur Mitteilung an alle Dienststellen, daß das ganze vorhandene Fett nur noch für die Allerhöchsten Herrschaften verbraucht werden darf.

gez. Merk.

Zur Kenntnisnahme

Herrn Küchenmeister Gleich: gel. Gleich 24. 9. 18.

Herrn Küchenmeister Savage: gel. Savage 25. 9. 18.

Für diese Fettverteilung zur Versorgung der „Allerhöchsten Herrschaften“ auch noch ein Telegrammwechsel! Sie hatten es wirklich bequem, die Nachhaber von gestern. Schade nur, daß der Schleichhandel nicht gestraft ist. Die drei Fässer Schmalz hätten mit den übrigen Vorräten den Fettmangel der borbenden Berliner Bevölkerung ein wenig steuern können.

Die Heimkehr der Krieger. Die umfangreichen Vorbereitungen zur Unterbringung der aus dem Felde heimkehrenden Krieger werden vom Magistrat, der Hand in Hand mit der Kommandantur arbeitet, unausgesetzt betrieben. Aus dem Bahnhof erhält der ankommende Soldat, der sich nur auf der Durchreise befindet, eine warme Mahlzeit. Wer in Berlin bleibt und hier keine Wohnung hat, kommt zunächst in eine der Berliner Schulen. Bis her hat der Magistrat die Hälfte sämtlicher Schulen zur Verfügung gestellt, von denen ein großer Teil fertig eingerichtet und belegt ist. Von den Klassenposten werden die Tische in die Schulen gefahren und hier aufgestellt. Sollte der Andrang noch größer werden, so ist bereits mit den Hotelbesitzern und Gastwirten in Verbindung getreten worden, deren Säle jederzeit zur Unterbringung größerer Massen in Anspruch genommen werden können.

Die Gewährung einmaliger Kriegsteuerungszulagen an die öffentlichen Beamten und Angestellten beantragt der Magistrat Charlottenburg bei der Stadtverordnetenversammlung. Die Höhe dieser Zulagen ist für die unteren Tarifklassen gegenüber der letzten einmaligen Zulage im Oktober 1918 erheblich erhöht und beginnt mit 700 M. steigend bis 1000 M. Die Kinderzulagen sind durchweg auf 150 M. erhöht. Unverheiratete erhalten wieder 80 Prozent der Höhe der Verheirateten. Die im Hoheitsdienst Stehenden, die bisher nur 75 Prozent der Zulage erhielten, erhalten die volle Zulage. Die Zulage der Stadtarbeiter soll nach den Sägen für die Festbesoldeten geregelt werden.

Ablieferung von Heeresvermögen. Die Kommandantur gibt bekannt: Heeresvermögen, das sich im Besitz unbefugter Personen befindet, muß zur Aufrechterhaltung geregelter Interessentverhältnisse im allgemeinerwirtschaftlichen Interesse erfasst und kontrolliert werden. Dazu ist bei der Kommandantur eine besondere Abteilung „Heeresvermögen“ gebildet worden. Personen, die Angelegenheiten über derartiges Heeresvermögen (Kraftwagen und andere Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände, Waffen, Munition, Lebensmittel, Vorräte jeder Art usw.) machen können, werden im Interesse des Gemeinwohls gebeten, sich an die Kommandantur, Abteilung: Heeresvermögen, Oberwallstr. 22, Fernsprecher: Zentrum 27, zu wenden. Wird entwendetes Heeresvermögen dadurch tatsächlich ergriffen, so ist Belohnung zugesichert.

Die neue Brotration. Wie bereits mitgeteilt, hat sich der Lebensmittelverband Groß-Berlin im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeiter entschlossen, von Anfang Dezember ab die Inhaberkarten wegfallen zu lassen und ihre Portion auf die allgemeinen Brotkarten zu verteilen. Die entsprechende Veränderung der allgemeinen Brotkarte tritt mit dem 2. Dezember in Kraft. Die Brotkarte beträgt von da ab in Groß-Berlin 350 Gramm. Demgemäß berechneten vom 2. Dezember die über 300 Gramm Brot lautenden Abschnitte der Karte zur Entnahme von 250 Gramm Brot und die wahlweise über je 125 Gramm Mehl von je lautenden beiden Abschnitte berechnen zur Entnahme von je 150 Gramm Mehl. Die Brotpreise entsprechen den bisherigen Preisen und betragen für die veränderte Portion Schwarzbrot 125 Pfg. für Weißbrot 131 Pfg. und für Kranenbrot 162 Pfg.

Die neue Polizeistunde. Uns wird mitgeteilt: Um den vielfachen Zweifeln über den Termin des Eintritts der Polizeistunde zu begegnen, sei darauf hingewiesen, daß eine Verordnung, die sofort in Kraft tritt, wenn kein besonderer Termin angegeben ist. Um in diesem Falle der Bevölkerung den Übergang zu erleichtern, soll nichts dagegen eingewendet werden, wenn erst am 29. d. M. die neue Polizeistunde in Kraft tritt.

Zur Befristung der Beleuchtung. Die Bekanntmachung des Kohlenverbandes Groß-Berlin über die Einschränkung des elektrischen und Gasverbrauches für das Gebiet des Kohlenverbandes Groß-Berlin wird am 29. November 1918 abends im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht und ist daher vom 30. November 1918 ab zu beachten.

Aufhebung von Verordnungen. Die Kriegsstoff-Abteilung veröffentlicht eine umfangreiche Liste von Bekanntmachungen, betreffend die Beseitigung von Rohstoffen und Beilagen, die aufgehoben werden.

Lebensmittelverpackung. Auf einer Bekanntmachung des Magistrats gelangt in Berlin am Abschnitt 79 und 81 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin je 250 Gramm, also zusammen 500 Gramm M a r c e l a d e zur Ausgabe. Die Anmeldung findet in den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften am 29., 30. November und 2. Dezember statt.

Drei Gepäckmarker wurden den Mannschaften des Sicherheitsdienstes auf diesen Bahnhöfen unbeschädigt gemacht. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße erschien an der Verwahrungsstelle ein Mann und fragte, ob ihm sein Gepäck verloren gegangen sei. Er gab Namen und Wohnung an, suchte unter den Gepäckstücken umher und bezeichnete endlich ein als sein Eigentum. In diesem Augenblick aber kam ein Reisender, zeigte seinen Gepäckchein vor und stellte fest, daß gerade das von dem anderen begehrte Stück seine war. Der Schwindler, der so entlarvt war, wurde sofort verhaftet und freigegeben; als ein Adolf Morquard, der wegen ähnlicher Betrügereien schon wiederholt, auch mit Nachhaus verurteilt ist. — Auf dem Potsdamer Bahnhof wurde ein junger Burche das Gebränge aus, um Gepäckstücke aller Art, nach denen die Reisenden noch suchten, verschwinden zu lassen. In ihm erkannte man einen Bergarbeiter, der nach Ausbruch eines Streiks von Westfalen hierhergekommen ist und sich in

Berlin umhertrieb, wo er am Friedrichshagen-See. — Wenns die er trieb es auf dem Bahnhof Alexanderplatz ein 29 Jahre alte Russe Franz Weber. Er wurde erwischt und festgenommen als er zwei große Schließfächer weggeschaffen wollte.

Ueber Umtriebe der Gegenrevolution sprechen auf Einladung des Bundes „Neues Vaterland“ in einer Volksversammlung mit freier Aussprache: von Beetzke und Volksbeauftragter Ströde am Sonnabend, den 30. November, abends 8 Uhr im Rotesaal des Ringgoldes.

Strasensperrens. Die Dresdener Straße zwischen Pringler und Bulower Straße ist wegen Bahnarbeiten an der Schnellbahn Gesundbrunnen-Kreuz für den Wagenverkehr gesperrt. Der Straßenbahnverkehr wird von der Sperrung nicht getroffen.

### Sonderbare Soldatenräte.

Vom den Soldatenräten der zurückflutenden Truppenbelle des Westfront sind verschiedentlich Auftrufe ins Land geschickt worden, deren Inhalt zweifelhafter Inhalt Bedenken erwecken mußte, ob man es hier mit wirklichen, den Wünschen der Soldaten entsprechenden Räten zu tun habe. Zurückkehrende Soldaten, die sich in der Gegend von Rachen und Bonn aufgehalten haben und die Dinge aus nächster Nähe beobachtet konnten, versichern uns, daß in den Frontsoldatenräten fast ausschließlich Offiziere sitzen. Sie haben, als die Sache bekannt wurde, auf eigene Faust Soldatenräte gebildet, die Mannschaften also durch eine Täuschung irreführt, und über nun unter der neuen Firma ihre alte Macht ausüben. Es herrscht in den Frontsoldatenräten der gleiche Ton wie zu Wilhelms seligen Zeiten. Die Offiziere tragen Waffen, Kapselstühle und Kleider absichtlich zur Schau, um den Mannschaften ihre ungeschmälerte Souveränität zu dokumentieren. In der Behandlung der Mannschaften hat sich nichts aber auch gar nichts geändert. Es ist gekommen, daß Offiziere der Mannschaften die roten Kleider und Armbinden einfach herunterreißen und ihnen bei Strafe verbieten, sie wieder anzulegen. Eine freie Meinungsäußerung über den Soldaten unmöglich gemacht. Es geht auch das Gerücht um, daß königliche Regimenter gebildet werden sollen. Und das alles ohne Zutun der Mannschaften. Jedenfalls können viele der jetzt bestehenden Frontsoldatenräte nicht als die Willenskräfte der Soldaten angesehen werden. Sie sind viel eher konterrevolutionäre Instrumente und es müßte gegen ihr Treiben endlich einmal Front gemacht werden. Eindeutlich stehen sie unter dem wohlwollenden Schutze der kommandierenden Generale. Diese wissen genau, daß sie von derartigen Frontsoldaten nichts zu befürchten haben. Es muß endlich reiner Tisch gemacht werden. Die bestehenden Frontsoldatenräte als unfähige Werkzeuge der ungeschwächten alten Kommandogewalten bilden eine seltsame Befehls für die junge Revolution.

### Gewerkschaftliches.

#### Eine Berichtigung.

Herr Köpfen vom Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission sendet eine Berichtigung. Ihr Inhalt ist so folgend: daß wir ihn gern vollständig wiedergeben. Herr Köpfen schreibt:

„In der Nummer 15. Morgenauflage Ihrer Zeitung, schreiben Sie in einem Artikel: Die Berliner Gewerkschaftskommission unter anderem: Die Hauptfrage war die Wahl des 4. August in den Himmel zu erheben, um sich allwärts in wohlwollende Erinnerung zu bringen. Ferner: Wie einseitig dort die Politik der Regierungsozialisten vertreten wurde, geht allein aus der einen Tatsache hervor, monach die Gewerkschaftskommission sich neuerdings an einem Bildungsausschuss beteiligte, der von regierungsozialistischer Seite ins Leben gerufen worden ist, als Gegeninstitution gegen den von früher her noch bestehenden Bildungsausschuss des Groß-Berlin, dem die Arbeiter-Bildungsschule angegliedert ist.“

Beides entspricht nicht der Wahrheit. Wir können deshalb wohl annehmen, daß Sie entweder den Beweis für die Behauptungen liefern, oder aber diese verweigern. Wenn sich einzelne Personen für sich in ihrer freien Zeit außerhalb der Gewerkschaftskommission in dem von Ihnen kritisierten Sinne betätigen haben, was wir nicht wissen und nicht verbieten können, kann das nicht auf die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission geacht werden. Vielleicht beachten Sie bei Ihrer Polemik den Unterschied zwischen Generalkommission und Gewerkschaftskommission.

Mit Achtung

Der Ausschuss

der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

J. L. A. Köpfen.

Es ist das nicht richtig, Herr Köpfen weiß nicht, ob sich einzelne Personen in dem von uns kritisierten Sinne betätigen haben. Das sagt der Reichstagsabgeordnete Köpfen. Unsere Parteifreunde werden sich darüber amüsieren, daß Herr Köpfen überhaupt wirklich zu betreiben wagt, daß auch die Gewerkschaftskommission im Sinne der Politik des 4. August sich betätigt habe. Wir brauchen wirklich nicht auf Einzelheiten einzugehen, sondern nur zu erinnern an die großen Versammlungen, welche die Gewerkschaftskommission im Vorjahre über die Lebensmittelfrage einberufen hatte und in der ihrer Politik eine glänzende Abfrage durch die Berliner Arbeiter bereitet wurde.

Dann betreibt Herr Köpfen die Teilnahme an dem von den Abhängigen ins Leben gerufenen Bildungsausschuss. Es soll auch nicht wahr sein, daß diese Einrichtung von den Regierungsozialisten als Gegeninstitution gegen den von früher her noch bestehenden Bildungsausschuss des Groß-Berlin, dem die Arbeiter-Bildungsschule angegliedert ist. Alles das mag Herr Köpfen als der Wahrheit nicht entsprechend zu bezeichnen. Soll man einen Mann, der so etwas auf Papier bringt, noch ernst nehmen? In den Mitteilungen des E. P. D. der Bezirksorganisation Groß-Berlin vom August dieses Jahres kann Herr Köpfen die offizielle Mitteilung lesen, daß die Schaffung eines Bildungsausschusses beschlossen worden sei, so daß die Berliner Gewerkschaftskommission drei Vertreter stellen soll. Die Fassung dieser Mitteilung lehnt die prinzipielle Zustimmung des Ausschusses der Gewerkschaftskommission voraus. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte Herr Köpfen schon im August Gelegenheit gehabt, dagegen zu wehren, zumal das Mitteilungsbüro des Verbandes sozialdemokratischer Arbeiter schon in seiner Nummer vom 18. August auf diesen Beschluß der Abhängigen hingewiesen hatte.

Aber Herr Köpfen erklärt: Es ist nicht wahr, es entspricht nicht der Wahrheit. So von oben herunter, wie das seine Art ist, willigt er uns mildernde Umstände zu, indem er uns den guten Rat gibt, bei unserer Polemik die Generalkommission mit der Berliner Gewerkschaftskommission nicht zu verwechseln. Dieser Rat ist überflüssig. Wir kennen unsere Leute in der Generalkommission genau so gut wie in der Berliner Gewerkschaftskommission. Waren letztere auch etwas zurückhaltender als die Mitglieder der Generalkommission, so sind sie doch im Wesen gleichverwandt. Herr Köpfen hätte gelächelter getan, wenn er die Finger von der Berichtigung gelassen hätte.

Verständlich ist es ja, daß jeder seine früheren Sünden gegen der Bergessenheit andeuten lassen möchte; aber dann soll er dafür den Mund halten als arabischer Berichtigen.